

Geschäftsbericht 2015

Inhalt

Geschäftsbericht für das Jahr 2015	4
Lagebericht	5
Bericht des Verwaltungsrates	28
Jahresabschluss zum 31.12.2015	29
Anhang	33
Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG ...	58
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	59

Geschäftsbericht für das Jahr 2015

Sparkasse Neuss

Zweckverbandssparkasse des Rhein-Kreises Neuss, der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der Stadt Kaarst.

Träger ist der Sparkassenzweckverband des Rhein-Kreises Neuss, der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der Stadt Kaarst.

Die Sparkasse Neuss ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin, angeschlossen.

Lagebericht 2015

Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse

Die Sparkasse Neuss – Zweckverbandssparkasse des Rhein-Kreises Neuss, der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der Stadt Kaarst – ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Im Geschäftsverkehr führt die Sparkasse die Kurzbezeichnung „Sparkasse Neuss“.

Sie ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes (RSGV) und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. (DSGV) angeschlossen.

Die Sparkasse Neuss ist regional verankert und ihre geschäftspolitische Grundausrichtung ist am Gemeinwohl orientiert. Vor dem Hintergrund ihres öffentlichen Auftrages sieht sie sich als regionales Finanzdienstleistungsunternehmen und setzt deshalb den Schwerpunkt ihrer Geschäftstätigkeit in der heimischen Region.

- Deshalb ist und bleibt ein flächendeckender Vertrieb Mittelpunkt des Geschäftsmodells der Sparkasse Neuss.
- Deshalb unterstützt die Sparkasse Neuss Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaftskraft in der Region – insbesondere solche zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.
- Deshalb setzt die Sparkasse ihren wirtschaftlichen Erfolg zur Nutzenmaximierung für die heimische Region ein.

Sparkassen sind nicht vorrangig darauf ausgerichtet, höchstmögliche Gewinne zu erwirtschaften. Daher vermeiden Sparkassen übermäßige Risiken. Dennoch kann niemals völlig ausgeschlossen werden, dass ein Institut in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerät. Die Sparkassen-Finanzgruppe verfügt deshalb über ein institutsbezogenes Sicherungssystem. Dieses ist seit dem 3. Juli 2015 als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) anerkannt. Das System besteht aus 13 Sicherungseinrichtungen. Gemeinsam nehmen sie die Aufgabe wahr, die Solvenz und Liquidität der Mitgliedsinstitute bei drohenden oder bestehenden Schwierigkeiten zu sichern. Das Sicherungssystem besteht im Einzelnen aus

- den Sparkassenstützungsfonds der regionalen Sparkassen- und Giroverbände,
- dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen und
- der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen.

Die Sparkasse Neuss gehört dem Stützungsfonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes (RSGV) an.

Wirtschaftsbericht

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft hat sich im Jahr 2015 mit solidem Tempo fortgesetzt. Das Wirtschaftswachstum ging vor allem vom lebhaften privaten Konsum aus. Auch der Wohnungsbau wurde ausgeweitet. Getragen wurde der private Konsum von einer guten Arbeitsmarktlage, Verdienstzuwächsen und den deutlich gesunkenen Ölpreisen. Hinzu kamen Transferzahlungen und andere staatliche Aufwendungen in Verbindung mit der Flüchtlingszuwanderung. Die Auslandsnachfrage hat spürbar abgenommen. Grund dafür ist die sinkende Nachfrage aus China und den rohstofffördernden Schwellenländern. Auch die Ausfuhren in die USA gaben nach außerordentlichen Zuwächsen im ersten Halbjahr nach. Die Nachfrage aus dem Euro-Raum und der weiterhin günstige Euro-Wechselkurs konnten dies nicht kompensieren.

Im Jahresdurchschnitt 2015 erhöhten sich die Verbraucherpreise wegen des Einflusses der rückläufigen Energiepreise kaum. Der Verbraucherpreisindex (VPI) stieg auf 0,2 % gegenüber dem Vorjahr an, während sich die Preise ohne Energie um 1,2 % gegenüber 2014 erhöhten. Im Vorjahr betrug die Teuerungsrate noch 0,9 %. Neben den Kosten für Nahrungsmittel zeigte sich ein deutlicher Preisanstieg im Bereich Dienstleistungen und bei den Gebrauchsgütern wie beispielsweise Möbel. Ein Grund dafür könnte die Euro-Abwertung sein.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte erhöhte sich im Jahresdurchschnitt um 2,8 % (Vorjahr: 2,3 %). Neben der Nutzung der freien Gelder zu Konsumzwecken stand die private finanzielle Vorsorge im Vordergrund. Die Sparquote stieg von 9,4 % im Vorjahr auf 9,7 % in 2015.

Nach Auskunft der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein war das Jahr 2015 für die Wirtschaft im Rhein-Kreis Neuss ein zufriedenstellendes Jahr. Trotz des negativen Einflusses der geopolitischen Krisen auf die verarbeitenden Branchen zeigte sich die Wirtschaft insgesamt in einer robusten Verfassung. Zum Jahresende bewerteten 43,0 % der Betriebe ihre Geschäftslage als „gut“, nur 9,0 % als „schlecht“. Allerdings wird die Konjunktur insbesondere durch den privaten Konsum gestützt. Dazu passt auch die Entwicklung der Industrieumsätze. Diese befinden sich zwar nach wie vor auf einem hohen Niveau, sind aber im Jahr 2015 um 4,0 % zurückgegangen. Das Minus war damit stärker als im Bundesland NRW insgesamt und betraf sowohl den Inlandsumsatz als auch den Export.

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist dagegen weiter gewachsen. Im Rhein-Kreis Neuss wurden im Zeitraum von Juni 2014 bis Juni 2015 gut 3.000 Beschäftigungsverhältnisse geschaffen. Dies entspricht einem Plus von 2,3 %. Damit sind mehr als 140.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse aufgenommen worden.

Der Arbeitsmarkt zeigte sich in einer guten Verfassung. Die Arbeitslosenquote für den Rhein-Kreis Neuss betrug im letzten Jahr 6,0 %. In Nordrhein-Westfalen wurde eine Arbeitslosenquote von 8,1 % erreicht.

Im Jahr 2015 sanken die deutschen Kapitalmarktzinsen gegenüber dem Vorjahr noch weiter ab. In den Laufzeiten bis 9-Monatsgeld und 1- bis 4-Jahresgeld sanken die Zinssätze im Jahresverlauf bis in den negativen Bereich. Ein Anstieg ist aktuell nicht in Sicht. Der Spielraum für eine Leitzinssenkung war kaum gegeben, da sich der Leitzins zu Jahresbeginn bereits bei 0,05 % befand. Die Europäische Zentralbank (EZB) entschloss sich daher dazu, ihn für das gesamte Jahr auf diesem Niveau zu belassen.

Die deutschen Sparkassen konnten im Jahr 2015 insgesamt 6,2 Mrd. EUR erwirtschaften und somit ihre Vermögenssubstanz deutlich stärken. Die gesunkenen Zinsüberschüsse konnten durch die deutlich gestiegenen Provisionsüberschüsse mehr als kompensiert werden. Die Zinspolitik der EZB und das damit einhergehende Niedrigzinsumfeld werden die Sparkassen auch in den nächsten Jahren in höchstem Maße fordern. Die Institute müssen daher weiter frühzeitig Gegensteuerungsmaßnahmen ergreifen und an ihrer Ertragslage arbeiten. Dazu gehören die verursachungsgerechte Bepreisung von Leistungen, deutliche Kosteneinsparungen und der weitere Ausbau der Provisionsergebnisse.

Zur Stabilisierung des Finanzmarktes wurde mit Inkrafttreten des Restrukturierungsfondsgesetzes vom 9. Dezember 2010 ein Restrukturierungsfonds als Sondervermögen des Bundes (die sogenannte Bankenabgabe) errichtet. Ab dem Beitragsjahr 2015 wird die Bankenabgabe nach europäischen Vorgaben erhoben und zunächst durch die zuständigen nationalen Abwicklungsbehörden eingezogen. Ab 2016 erfolgt die schrittweise Zusammenführung der nationalen Abwicklungsfonds zu einem einheitlichen europäischen Abwicklungsfonds. Für 2015 betrug die Bankenabgabe der Sparkasse Neuss 0,9 Mio. EUR.

Als Reaktion auf die Finanzkrise und in Erfüllung des G 20-Gipfels in Pittsburg im September 2009 veröffentlichte der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht am 16. Dezember 2010 das Rahmenwerk zu Basel III. Nachdem die EU-Kommission am 20. Juli 2011 ihren Gesetzesvorschlag vorgelegt hatte, wurde der kombinierte Verordnungs- und Richtlinienentwurf CRR/CRD IV (Capital Requirements Regulation/Capital Requirements Directive IV) am 27. Juni 2013 im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Damit kam das CRD IV-Paket (Basel III) zum 1. Januar 2014 zur Anwendung. Kern des Rahmenwerks ist eine Verbesserung der Qualität und Quantität des bankaufsichtlichen Eigenkapitals der Banken, wobei Übergangsfristen zur schrittweisen Einführung bis 2019 vorgesehen sind. Die aktuelle Geschäftsentwicklung und die Prognosen für die kommenden Jahre deuten darauf hin, dass die Sparkasse Neuss auch die sich verschärfenden Eigenkapitalregelungen erfüllen kann. Die Liquiditätsdeckungsanforderung (LCR) wurde ab dem 01.10.2015 verbindlich. Am 01.01.2018 tritt voraussichtlich die strukturelle Liquiditätsquote (NSFR) in Kraft.

Geschäftsentwicklung

Mit einer Ausweitung der Darlehen an Privat- und Geschäftskunden und einem Anstieg der Kundeneinlagen konnte die Sparkasse Neuss auch in 2015 ihre führende Marktposition in der Region weiter festigen.

Konjunkturelle Unsicherheiten und die mit Blick auf die europäische Staatsschuldenkrise fortgesetzte extreme Niedrigzinsphase sorgten in 2015 einmal mehr für herausfordernde Rahmenbedingungen in der gesamten Finanzbranche.

Mit den unter diesen Bedingungen erreichten Ergebnissen des abgelaufenen Geschäftsjahres zeigt sich die Sparkasse Neuss zufrieden.

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Durch den planmäßigen Abbau von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerte sich die Bilanzsumme im abgelaufenen Berichtsjahr von 6.307,3 Mio. EUR auf 6.028,9 Mio. EUR (-4,4 %). Das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten) verringerte sich zum Jahresende auf 6.110,2 Mio. EUR (Vorjahr: 6.395,1 Mio. EUR). Die durchschnittliche Bilanzsumme ging wie erwartet um 1,1 % zurück.

Kundenkredite

Trotz sehr hoher Tilgungsrückflüsse in 2015 (561,0 Mio. EUR, Vorjahr 494,4 Mio. EUR), konnte der Bestand an Darlehen an Privat- und Geschäftskunden auf 4.215,4 Mio. EUR (Vorjahr 4.140,2 Mio. EUR) ausgeweitet werden. Kontokorrentkredite (-36,7 Mio. EUR) und Kommunalkredite (-62,7 Mio. EUR) verzeichneten Rückgänge. Insgesamt erreichte das Kundenkreditvolumen, bestehend aus Forderungen an Kunden, Treuhandkrediten, Wechseln und Eventualverbindlichkeiten mit 4.945,0 Mio. EUR nicht ganz den Vorjahreswert von 4.991,2 Mio. EUR. Die offenen Kreditzusagen lagen mit 223,3 Mio. EUR aber deutlich über dem Wert des Vorjahres (150,6 Mio. EUR). Die Sparkasse zählt weiterhin zu den kreditintensivsten Sparkassen im Rheinland.

Kundeneinlagen

Wie schon im Vorjahr verzeichnete das Einlagengeschäft auch 2015 hohe Zuwächse. Die Kundeneinlagen übertrafen mit einem Plus von 3,8 % das erwartete Wachstum von 0,9 %. Vor dem Hintergrund des weiterhin niedrigen Zinsniveaus ergaben sich erneut hohe Zuwächse bei den Sichteinlagen (+155,2 Mio. EUR) und den Geldmarktkonten (+113,4 Mio. EUR). Weiter rückläufig entwickelten sich dagegen Spareinlagen (-49,1 Mio. EUR), befristete Einlagen (-5,4 Mio. EUR) und Sparkassenbriefe (-44,1 Mio. EUR). Die Kundeneinlagen insgesamt inklusive der Eigenemissionen der Sparkasse stiegen um 171,0 Mio. EUR auf 4.687,4 Mio. EUR.

Eigene Wertpapieranlagen

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren ist gegenüber dem Vorjahr um 254,6 Mio. EUR auf 460,2 Mio. EUR zurückgegangen. Die Liquidität aus fälligen Wertpapieren wurde hauptsächlich wie geplant zur Rückzahlung fälliger Sparkassenbriefe gegenüber Kreditinstituten verwendet. Bei den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren handelt es sich um Wertpapiere der Liquiditätsreserve, die auch zur kurzfristigen Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zur Verfügung stehen. Der Bestand an anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ist mit 98,0 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Beteiligungen

Durch Anpassungen bei den Wertansätzen verringerte sich der Buchwertansatz der Beteiligungen von 89,3 Mio. EUR auf 88,4 Mio. EUR.

Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute sind gegenüber dem Vorjahr nur leicht um 4,1 Mio. EUR auf 236,0 Mio. EUR zurückgegangen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich durch den Auslauf fälliger Sparkassenbriefe wie erwartet auf 776,6 Mio. EUR (-37,3 %).

Rücklagen

Die Rücklagen haben sich mit Zuführung aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres in Höhe von 1,8 Mio. EUR auf 375,2 Mio. EUR erhöht.

Ertragslage

Mit einem nur leicht rückläufigen Bilanzgewinn von 5,8 Mio. EUR hat die Sparkasse in 2015 erneut ein gutes Ergebnis erzielt. Die Erfolgskomponenten, die zu dem Bilanzgewinn führten, sind der Darstellung der Lage zu entnehmen.

Kundenwertpapiere

Der Saldo aus An- und Verkäufen von Kundenwertpapieren war mit -0,5 Mio. EUR (Vorjahr: +9,0 Mio. EUR) nahezu ausgeglichen. Das Umsatzvolumen steigerte sich aber von 381,5 Mio. EUR auf 409,3 Mio. EUR (+7,3 %). Gekauft wurden von den Kunden vornehmlich Fonds. Der Nettoabsatz betrug in diesem Segment +50,5 Mio. EUR (Vorjahr +27,0 Mio. EUR). Auch bei Aktien ergab sich ein Zugang von 8,8 Mio. EUR (Vorjahr: 0,5 Mio. EUR). Verkauft wurden von den Kunden weiterhin festverzinsliche Wertpapiere. Der Nettoabsatz betrug hier -59,9 Mio. EUR (Vorjahr: -18,5 Mio. EUR).

Verbundgeschäft

Erfolgreich verlief auch das Geschäft mit Produkten der Verbundpartner Landesbausparkasse und Provinzial Rheinland. Zwar konnte das hohe Volumen der vermittelten Bausparverträge vom Vorjahr

(117,5 Mio. EUR) nicht ganz erreicht werden, es lag mit 109,0 Mio. EUR aber auf einem hohen Niveau. Zuwächse verzeichneten die Abschlüsse von Lebens- und Rentenversicherungen. Mit 51,4 Mio. EUR wurde das sehr gute Ergebnis des Vorjahres (48,2 Mio. EUR) nochmals um 6,6 % übertroffen. In Zusammenarbeit mit der LBS konnte die Sparkasse, wie im Vorjahr, für insgesamt 152 Immobilien neue Eigentümer finden. Mit einem Objektvolumen in Höhe von 37,4 Mio. EUR konnte das Ergebnis des Vorjahres (34,5 Mio. EUR) leicht verbessert werden.

Darstellung und Analyse der Lage

Ertragslage

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte die Sparkasse Neuss ihre gute Entwicklung weiter fortsetzen. Der Jahresüberschuss nach Steuern betrug 5,8 Mio. EUR. Das gemäß § 26a Abs.1 Satz 4 KWG zu ermittelnde Verhältnis von Jahresüberschuss und Bilanzsumme zum 31.12.2015 beträgt 0,096 % (Vorjahr 0,093%).

In der nachstehenden Tabelle ist das Ergebnis des Jahres 2015 mit den absoluten und relativen Abweichungen zum Vorjahresergebnis dargestellt.

	Ergebnis 31.12.2015 in Mio. EUR	Ergebnis 31.12.2014 in Mio. EUR	Veränderung 2015 in Mio. EUR	Veränderung 2015 in %
Zinsüberschuss (GuV 1, 2, 3)	121,3	123,2	-1,9	-1,5
Provisionsüberschuss (GuV 5, 6)	36,6	34,9	1,7	4,9
Nettoergebnis des Handelsbestands (GuV 7)	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen (GuV 8, 9, 12, 24)	-4,8	-2,6	-2,2	84,6
Summe aller Überschüsse im operativen Geschäft	153,1	155,5	-2,4	-1,5
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen (GuV 10)	-104,6	-103,4	-1,2	1,2
<i>davon:</i>				
<i>Personalaufwand</i>	-74,1	-73,4	-0,7	1,0
<i>Andere Verwaltungsaufwendungen</i>	-30,5	-30,0	-0,5	1,7
Sachaufwendungen (GuV 11)	-6,3	-6,5	0,2	-3,1
Bewertungsergebnis (GuV 13, 14, 15, 16)	-14,6	-14,8	0,2	-1,4
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken (GuV 18)	-10,8	-13,0	2,2	-16,9
Außerordentliches Ergebnis (GuV 20, 21)	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresüberschuss vor Steuern	16,8	17,8	-1,0	-5,6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (GuV 23)	-11,0	-11,9	0,9	-7,6
Jahresüberschuss nach Steuern	5,8	5,9	-0,1	-1,7

Aufgrund des weiterhin niedrigen Zinsniveaus ging der Zinsüberschuss wie erwartet gegenüber dem Vorjahr leicht zurück. Vereinnahmte Vorfälligkeitsentgelte wurden überwiegend zur vorzeitigen Schließung von Zinsswapgeschäften (Close-Out-Zahlungen) verwendet. Die Zinsspanne verringerte sich leicht auf 1,93 % der Durchschnittsbilanzsumme (Vorjahr: 1,94 %). Der Anteil des Zinsüberschusses am Gesamtertrag aus dem operativen Geschäft betrug wie im Vorjahr 79,2%. Steigende Erträge - insbesondere aus dem Wertpapiergeschäft mit Kunden - führten zu einem Anstieg des Provisionsüberschusses um 1,7 Mio. EUR auf 36,6 Mio. EUR. Somit lag der Provisionsüberschuss wie erwartet leicht über dem Wert des Vorjahres. Der Anteil am Gesamtertrag aus dem operativen Geschäft stieg leicht auf 23,9 % (Vorjahr: 22,4 %) an.

Die sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen weisen - insbesondere durch höhere Aufwendungen für Aufzinsungen von Rückstellungen und die Bildung einer Rückstellung für Rechtsrisiken aus fehlerhaften Widerrufsbelehrungen - einen negativen Saldo von -4,8 Mio. EUR (Vorjahr: -2,6 Mio. EUR) auf.

Wie erwartet haben sich die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen gegenüber dem Vorjahr leicht um 1,2 Mio. EUR auf 104,6 Mio. EUR erhöht. Dabei stiegen der Personalaufwand um 0,7 Mio. EUR (+1,0 %) auf 74,1 Mio. EUR und die anderen Verwaltungsaufwendungen um 0,5 Mio. EUR (+1,7 %) auf 30,5 Mio. EUR. Darin enthalten sind auch Zahlungen im Rahmen der EU-Bankenabgabe und Beiträge zum Stützungsfonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes.

Die Sachaufwendungen, bestehend aus Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte, haben sich gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mio. EUR (-3,1 %) auf 6,3 Mio. EUR verringert.

Der Saldo des Bewertungsergebnisses war mit -14,6 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Die Belastungen aus dem Kreditgeschäft betragen -6,7 Mio. EUR Vorjahr (-6,8 Mio. EUR). Bei den Beteiligungen ergaben sich anders als im Vorjahr Belastungen durch Wertanpassungen in Höhe von -0,8 Mio. EUR. Des Weiteren wurden Vorsorgereserven dotiert.

Insgesamt wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken 10,8 Mio. EUR (Vorjahr: 13,0 Mio. EUR) zugeführt. Darin enthalten sind wie im Vorjahr 3,2 Mio. EUR als Vorsorge für das Risiko der Inanspruchnahme aus einer indirekten Verpflichtung für die ehemalige WestLB AG. Weitere Erläuterungen sind dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen.

Aus einem gegenüber dem Vorjahr geringfügig niedrigeren zu versteuernden Einkommen ergaben sich für das Berichtsjahr Steueraufwendungen von 11,0 Mio. EUR (Vorjahr: 11,9 Mio. EUR).

Die Cost-Income-Ratio (CIR) - eine betriebswirtschaftliche Kennzahl - die das Verhältnis der Aufwendungen zu den Erträgen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beschreibt - betrug zum Jahresultimo 2015 71,1 % (Vorjahr: 69,1 %).

Über die Verwendung des Bilanzgewinns von 5,8 Mio. EUR (Vorjahr: 5,9 Mio. EUR) entscheidet die Vertretung des Trägers gemäß § 25 Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen.

Finanzlage

Die Verordnung über die Liquidität der Institute und die Mindestreservebestimmungen wurde stets eingehalten.

Die gemäß Liquiditätsverordnung ermittelte Liquiditätskennzahl lag im Berichtsjahr innerhalb einer Bandbreite von 2,5 und 1,5 stets über dem vorgeschriebenen Mindestwert von 1,0. Zum Berichtsstichtag lag die Liquiditätskennziffer bei 1,8 (Vorjahr: 2,5).

Die ab dem 01.10.2015 gemäß Capital Requirements Regulation (CRR) täglich einzuhaltende Liquidity Coverage Ratio (LCR) lag stets über dem vorgeschriebenen Mindestwert von 0,6. Zum Berichtsstichtag lag die LCR bei 1,6.

Von den Kreditlinien bei der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale und der Deutschen Bundesbank wurde lediglich der Kredit bei der eigenen Girozentrale im Rahmen der Tagesdisposition einmal in Anspruch genommen. Von der Möglichkeit, mit der Deutschen Bundesbank Offenmarktgeschäfte abzuschließen, hat die Sparkasse keinen Gebrauch gemacht.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse Neuss aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gewährleistet war.

Vermögenslage

Die Sicherheitsrücklage der Sparkasse beläuft sich vor möglichen Zuführungen aus dem Jahresüberschuss auf 375,2 Mio. EUR. Dies entspricht 6,2 % der Bilanzsumme. Darüber hinaus enthält der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB neben der Vorsorge für das Risiko der Inanspruchnahme aus einer indirekten Verpflichtung für die ehemalige WestLB AG weitere 92,5 Mio. EUR (Vorjahr: 84,9 Mio. EUR) Kernkapitalbestandteile.

Das Verhältnis des aus der Sicherheitsrücklage und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB bestehenden Kernkapitals zum Gesamtrisikobetrag gemäß CRR in Verbindung mit den ergänzenden Vorschriften der SolvV (Kernkapitalquote) beträgt zum Jahresende 13,3 % (Vorjahr: 13,3 %). Neben der Sicherheitsrücklage und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB verfügt die Sparkasse über weitere ergänzende Eigenmittelbestandteile.

Das Verhältnis des haftenden Eigenkapitals (Kern- und Ergänzungskapital) bezogen auf den Gesamtrisikobetrag (Eigenkapitalquote) überschreitet zum Jahresende 2015 mit 15,6 % deutlich den von der Bankenaufsicht vorgeschriebenen Mindestwert von 8 %. Im Jahresverlauf bewegte sich diese Quote in einem Korridor von 15,5 % bis 16,1 %.

Diese Kennziffer eröffnet der Sparkasse Neuss gemessen an den gesetzlichen Vorschriften der EU-Verordnung über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (CRR) und der SolvV (Verordnung über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Instituten) ausreichende Spielräume, ihr aktuelles Kreditgeschäft auch über die Zuwachsraten der vergangenen Jahre hinaus ausweiten zu können.

Personal- und Sozialbereich

Zum Jahresende 2015 beschäftigte die Sparkasse Neuss 1.109 (Vorjahr: 1.118) bankspezifisch tätige Mitarbeiter, davon 782 Vollzeit- und 327 Teilzeitkräfte. Des Weiteren waren 16 nichtbankspezifisch eingesetzte Mitarbeiter für die Sparkasse tätig.

Darüber hinaus wurden 75 (Vorjahr: 81) Auszubildende zur Bankkauffrau oder zum Bankkaufmann ausgebildet. Alleine im Berichtsjahr haben 27 junge Menschen ihre Berufsausbildung bei der Sparkasse Neuss begonnen.

Engagement für die Region

Unangefochten blieb die Spitzenstellung der Sparkasse Neuss mit Blick auf die Förderung der Lebensqualität in der Region. So profitierten mehr als 400 Aktionen und Einrichtungen vom Engagement der Sparkasse und ihrer Stiftungen.

Mit einem Spendenvolumen von 1,4 Mio. EUR wurden erneut zahlreiche lokale Projekte im sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen und sportlichen Bereich gefördert.

Die 7 Stiftungen der Sparkasse mit einem Stiftungskapital von insgesamt 29,6 Mio. EUR schütteten im vergangenen Jahr 0,9 Mio. EUR für die jeweiligen Stiftungszwecke aus. Zu den herausragenden Aktionen des Jahres 2015 zählten das mit Hilfe der eigenen Auszubildenden errichtete neue Spielplatzgelände in Meerbusch, das internationale Shakespeare-Festival im Neusser Globe Theater, die Deutsche Kammerakademie, der Korschenbroicher City-Lauf, das Sportinternat Knechtsteden, die Renovierung der St. Dionysius Kirche in Kleinenbroich sowie die Unterstützung der DLRG Ortsgruppe in Kaarst und die Renovierung der Spielspinne am Flutgraben in Grevenbroich.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht bekannt.

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagementziele

Die bewusste Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken gehören zu den Kernfunktionen von Kreditinstituten. Als wesentliche Risiken der Sparkasse sind hierbei Adressenrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken, Operationelle Risiken sowie Risiken aus Beteiligungen und Absatzrisiken zu sehen. Ziel des Risikomanagements in der Sparkasse Neuss ist es, die Risiken transparent und dadurch steuerbar zu machen. Darüber hinaus ist die Erfüllung gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Anforderungen zu gewährleisten.

Risikomanagementsystem

Zur Risikoerkennung, Risikobewertung, Risikomessung, für das Risikoreporting, zur Risikosteuerung und Risikokontrolle verfügt die Sparkasse über ein umfangreiches Risikomanagement- und -controllingsystem. Im Jahr 2015 wurden Anpassungen in der Risikotragfähigkeit vorgenommen, insbesondere die Fokussierung auf die periodische Risikotragfähigkeit. Die periodische Risikotragfähigkeit sieht ab 2015 ein Konfidenzniveau von 99 % vor. Die periodische Sichtweise dient der Sicherstellung der Risikotragfähigkeit und der Erfüllung der MaRisk. Vermögensorientierte Risikoarten werden als Ergänzung verstanden und dabei werden das Adressenrisiko und das Zinsänderungsrisiko weiterhin betrachtet.

Die Risiken werden so dimensioniert, dass die Sparkasse Ertragschancen wahrnehmen kann, ohne die finanziellen Ressourcen unangemessen zu belasten.

Es wird sichergestellt, dass das Gesamtbankrisiko der Sparkasse Neuss durch das vorhandene Risikokapital (= Risikodeckungsmasse) abgedeckt wird. Hierbei legt die Sparkasse unter Berücksichtigung der Ertragskraft, des Vermögens und der Risikobereitschaft Limite für die verschiedenen Risiken fest. Die periodische Sichtweise dient zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit und der Erfüllung der MaRisk. Vermögensorientierte Risikobetrachtungen wie für das Adressenrisiko und für das Zinsänderungsrisiko werden als Ergänzung verstanden und deshalb weiterhin vorgenommen. Diversifikationseffekte zwischen den verschiedenen Risikoarten werden nicht berücksichtigt, die Risiken werden kumulativ behandelt. Diversifikationseffekte innerhalb der einzelnen Risikoarten werden insoweit berücksichtigt, als dass diese Bestandteile der Modelle und Verfahren der Risikomessung sind.

Ausgehend vom ermittelten Risikodeckungspotenzial und der durchgeführten Risikoquantifizierung wurde im Jahr 2015 das Gesamtlimit für die periodische Sichtweise vor dem Hintergrund der jährlichen Überarbeitung gegenüber dem Vorjahr um 24,0 % erhöht. Insgesamt wurden 88,5 % des verwendbaren Risikodeckungspotenzials für die Limitierung eingesetzt.

Die größten Anteile am Gesamtlimit in der periodischen Sichtweise wurden für Risiken aus dem Zinsspannenrisiko (28,3 %), dem Beteiligungsrisiko (26,0 %) und dem Bewertungsrisiko Kredit (23,7 %) vorgehalten. In 2015 konnte das Limit für Risiken aus Beteiligungen um 10,0 % reduziert werden. Das Limit für das Bewertungsrisiko Kredit musste um 57,7 % erhöht werden. Auch das Limit für das Zinsspannenrisiko musste um 28,9 % nach oben angepasst werden. Das Limit für die operationellen Risiken wies den höchsten prozentualen Anstieg im Vergleich zum Vorjahr auf, jedoch macht es nur einen Anteil von 5,2 % am Gesamtlimit aus. Die größten Anpassungen der Limite sind auf die Änderungen des Konfidenzniveaus zurückzuführen. Erstmals wurde ein Limit für das Liquiditätsrisiko in Höhe von 4,5 Mio. EUR vergeben. Die Limite der übrigen Risikoarten haben sich nur geringfügig verändert.

Über alle strategischen Ziele, die Risikotragfähigkeit und die Einhaltung der Limite wird vierteljährlich im Gesamtrisikobericht berichtet. Der Gesamtrisikobericht gibt einen kompakten Überblick über die Gesamtrisikosituation der Sparkasse Neuss auf Basis der Ausführungen gemäß Risikohandbuch. Anhand der Risikolimitierung, der Limitauslastung und der Entwicklung im Vergleich zum Vorquartal wird das Risiko in den einzelnen Risikokategorien aufgezeigt. Die Zahlen werden ergänzt um eine verbale Erläuterung, in der Besonderheiten oder größere Veränderungen zum Vorquartal ausführlicher dargestellt und bewertet werden. Der Gesamtrisikobericht enthält auch eine Abweichungsanalyse zu den formulierten strategischen Zielen. Die Berichterstattung erfolgt im Rahmen der Erörterung der Ertrags- und Risikolage an den internen sowie den externen Risikoausschuss. Der interne Risikoausschuss setzt sich aus dem Gesamtvorstand und weiteren Fachverantwortlichen des Hauses zusammen. Der externe Risikoausschuss ist ein Ausschuss des Verwaltungsrates nach § 15 Abs. 3 Sparkassengesetz. Der Vorsitzende des Risikoausschusses informiert im Anschluss den gesamten Verwaltungsrat über die Risikolage.

Ergibt sich im Zuge der Berichterstattung die Notwendigkeit Maßnahmen zu ergreifen, so werden diese in der Gremiensitzung des internen Risikoausschusses erörtert und zur Entscheidung durch den Vorstand vorbereitet.

Für im Risikohandbuch definierte Fälle ist im Vorfeld der Gremiensitzungen ein Prozess zur Ad hoc-Meldung eingerichtet.

Die Sparkasse hat ein Notfallkonzept erstellt, in dem Notfallszenarien und Gegensteuerungsmaßnahmen bei Ausfall von kritischen Prozessen festgelegt sind. Mögliche Notfallszenarien sind Personalausfall, Gebäudeausfall durch Elementarschäden oder IT- und Kommunikationsausfall. Die im Notfallkonzept genannten Gegensteuerungsmaßnahmen sollen dazu beitragen, das Ausmaß möglicher Schäden zu reduzieren. Schnelle und effiziente Maßnahmen können helfen, Geschäftsunterbrechungen im Voraus zu vermeiden oder im Notfall zumindest die Weiterführung der unternehmensrelevanten Prozesse zu gewährleisten.

An die Informationstechnologie (IT) und die technisch-organisatorische Ausstattung werden in den MaRisk besondere Anforderungen gestellt. Um unter anderem die Sicherung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit von Steuerungs- und Überwachungssystemen zu gewährleisten, hat die Sparkasse strategische Aussagen zur Informationstechnologie formuliert. Die IT-Strategie wird jährlich überprüft und bei Bedarf aktualisiert. Regelmäßige Notfallübungen sind vorgesehen, damit auch bei (Teil-) Ausfall von IT-Komponenten ein störungsfreier Geschäftsablauf sichergestellt ist.

Um die Anfälligkeit der Sparkasse gegenüber Extremsituationen zu analysieren, erfolgt die Durchführung geeigneter Stresstests. Diese werden in differenzierter Weise durchgeführt. Der Aufbau der gewählten Stresstests gliedert sich in Vorwärts-, Inverse- und Ad-hoc Stresstests.

Vorwärtsstresstests werden über Berechnungen einzelner Risikofaktoren, einzelner Risikoarten und risikoartenübergreifend durchgeführt. In den inversen Stresstestberechnungen werden für die einzelnen Risikofaktoren sogenannte kritische Risikofaktoränderungen ermittelt, bei denen die Sparkasse in Schieflage gerät. Zudem werden anlassbezogen bei besonderen Ereignissen, die zu außergewöhnlichen, aber plausiblen Veränderungen der Risikosituation führen, Ad-hoc Stresstests berechnet.

Die nach den MaRisk erforderliche Funktionstrennung zwischen Risikosteuerung und -überwachung wird durch die Aufbauorganisation der Sparkasse gewährleistet. Die Aufgaben der Risikosteuerung sind im Wesentlichen im Kreditgeschäft dem „Markt“ und für die Finanzgeschäfte der Organisationseinheit „Eigenanlagen“ zugeordnet. Die Risikoüberwachung wird durch den Bereich „Controlling“ und die Abteilung „Kreditorganisation“ wahrgenommen. Die Interne Revision prüft nach risikoorientierten Grundsätzen die Anwendung, Funktionsfähigkeit, Wirksamkeit und Angemessenheit der Risikomanagement-, Risikocontrolling- und Informationssysteme sowie des Berichtswesens. Die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben werden erfüllt.

Methoden zur Absicherung und Steuerung

Die Risikosteuerung im Zinsbuch erfolgt durch eine angemessene Strukturierung der Aktiva und der Passiva. Steuerungsmaßnahmen zur Annäherung an die Risiko-/Ertragsposition der angestrebten Benchmark im Zinsbuch erfolgen über bilanziell wirksame Eigenhandelsgeschäfte und/oder Zinsswaps. Im Rahmen des Risikomanagements eingegangene Sicherungsbeziehungen, die die Voraussetzungen des § 254 HGB erfüllen, werden auch für bilanzielle Zwecke als Sicherungsbeziehung (Bewertungseinheit) behandelt. Hierbei handelt es sich um einen Zinsswap zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken im Darlehensgeschäft. Daneben werden Devisentermin- und Devisenoptionsgeschäfte mit Kunden abgeschlossen und durch betrags- und fristenkongruente Gegengeschäfte abgesichert.

Eine Übersicht der derivativen Finanzinstrumente ist dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen.

Weitere Angaben zu den wesentlichen Risikokategorien

Adressenrisiken bergen die Gefahr eines Verlustes oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners. Daneben betrachtet die Sparkasse die Adressenrisiken auch unter dem Aspekt der Bonitätsverschlechterung /-verbesserung des Geschäftspartners.

Dazu legt die Sparkasse im Rahmen einer jährlich zu überprüfenden Geschäfts- und Risikostrategie strukturelle Ziele und Vorgaben für das Kreditgeschäft (Kundenkreditgeschäft / Eigenanlagen / Beteiligungen) fest.

Bei den Eigenanlagen wird das Adressenrisiko durch die sorgfältige Auswahl unserer Vertragspartner, sowie durch Limite je Partner begrenzt. Ein Engagement in Anleihen von Emittenten aus wirtschaftlich schwachen Staaten des Euro-Währungsraums besteht nicht. Die Analyse der Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft erfolgt mit einer risikobewussten Kreditwürdigkeitsprüfung und durch den Einsatz von Risikoklassifizierungsverfahren (Rating und Scoring) der S-Rating- und Risikosysteme GmbH, einer 100 %-Tochter des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Darüber hinaus wird das OSPlus-Frühwarnsystem der Finanz-Informatik genutzt, welches auf dem Fachkonzept „Organisation und Gestaltung der Prozesse zur Früherkennung von Kreditrisiken“ des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes beruht.

Unser Kreditportfolio in Höhe von 7.013,6 Mio. EUR besteht aus dem Gesamtkreditvolumen und offenen Kreditlinien. Es setzt sich aus Ausleihungen an Firmenkunden (44,2 %), Privatkunden (36,8 %) und öffentliche Haushalte (6,8 %) sowie zu 12,2 % aus Eigenanlagen und Forderungen an Kreditinstitute zusammen.

In der Betrachtung nach Branchen im Firmenkundenportfolio liegt der Schwerpunkt mit 53,8 % auf den Branchen Dienstleistungsbetriebe und freie Berufe. Auf den Handel und das Baugewerbe entfallen 16,2 % bzw. 7,9 %.

Unser gesamtes Kundenkreditgeschäft ist zu 98,0 % geratet bzw. gescored. 81,1 % des Kreditvolumens fällt in die guten bis sehr guten Rating-/ Scoringklassen 1 bis 8. In den mittleren und schlechteren

Rating-/ Scoringklassen 9 bis 15 befinden sich 15,5 % des Kreditvolumens und 1,2 % werden mit den Ratingnoten 16 und 17 (Ausfallklassen) bewertet.

In der Sparkasse ist ein von der Sparkassenorganisation entwickeltes Adressenrisikomanagement und -controllingsystem – bestehend aus RAP (Risk Adjusted Pricing) und CPV (Credit Portfolio View – Barwert- und Periodikmodul) – im Einsatz. Dies ermöglicht der Sparkasse eine rating- und sicherheitsgestützte Preisbildung im Kreditgeschäft, eine Value-at-Risk basierte Risikoquantifizierung sowie eine portfolioorientierte Steuerung unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten.

In der periodischen Risikotragfähigkeitsberechnung der Adressenrisiken im Kundengeschäft wird der Risikofall unter Einsatz des CPV-Periodikmoduls ermittelt. Die Berechnungen erfolgen auf Basis einer Haltedauer von einem Jahr und einem Konfidenzniveau von 99 %. Die Adressenrisiken der Eigenanlagen werden aufgrund ihrer durchweg erstklassigen Bonität von ihrem Risikogehalt her als sehr niedrig eingeschätzt. Bonitätsveränderungen werden über die Abbildung von Spreadrisiken berücksichtigt.

Auf Portfolioebene wird das wertorientierte Adressenrisiko auf Basis der Bonitäten, Branchen, Kreditarten, Größenklassen und der Besicherung ermittelt. Aufgrund einer nahezu vollständigen Rating- bzw. Scoringdurchdringung des Kundenkreditbestandes ist die Risikomessung nach Kreditarten in den Hintergrund getreten. Die Bonitäten werden anhand von Ausfallwahrscheinlichkeiten, die Besicherung der Kundenengagements anhand historischer Einbringungs- und Verwertungsquoten beurteilt.

In die vermögensorientierte Betrachtung des Kreditportfolios fließen neben dem Kundenkreditgeschäft und den Forderungen gegenüber Kreditinstituten auch die Wertpapierbestände einschließlich der Spezialfonds (Durchschaumethode) ein. Das Risiko des Gesamtkreditportfolios – heruntergebrochen bis auf die Geschäftsbereiche – wird auf Einjahressicht als barwertiger erwarteter Verlust sowie darüber hinausgehend als unerwarteter Verlust gemessen.

Zur Steuerung des Adressenrisikos werden Risikokonzentrationen differenziert betrachtet. So werden zum einen im Konzept zur Ertrags- und Risikosteuerung jährlich zu den Adressenrisiken aus dem Kundengeschäft und den Eigenanlagen Größenklassen-, Branchen-, Rating-, Länder-, Sicherheiten- und regionale Konzentrationen untersucht. Zum anderen werden die Größenklassen-, Branchen- und Rating-Konzentrationen zusätzlich im Rahmen der vierteljährlichen Kredit- und Gesamtrisikoberichterstattung ermittelt.

Die Berechnungen zum Adressenrisiko fließen in den vierteljährlichen Kreditrisikobericht und den Gesamtrisikobericht ein. Im Kreditrisikobericht werden wesentliche Strukturmerkmale des Kreditportfolios sowie deren zeitliche Entwicklung aufgezeigt. Zudem werden Kreditrisiken auf Basis operativer Daten, Größenkonzentrationen sowie Branchen-/Ratingkonzentrationen im Kreditportfolio und die Entwicklung der Risikovorsorge dargestellt und untersucht. Bei Auffälligkeiten werden Handlungsempfehlungen, z. B. zur Risikoreduzierung, abgeleitet. Im Jahr 2015 ergaben sich keine konkreten Handlungsempfehlungen.

Die Sparkasse verfügt über Steuerungsinstrumente, um frühzeitig Adressenausfallrisiken bei Kreditengagements zu erkennen, zu steuern, zu bewerten und im Jahresabschluss durch Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen) abzuschirmen. Die Kreditengagements werden im Rahmen

der Risikofrüherkennung regelmäßig dahingehend überprüft, ob Risikovorsorgebedarf besteht. Die Bildung einer Risikovorsorge orientiert sich an der Wahrscheinlichkeit, mit der der Kreditnehmer seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Basis hierfür ist die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und das Zahlungsverhalten des Kunden. Um einschätzen zu können, in welcher Höhe Zahlungen nach Eintritt von Leistungsstörungen noch erwartet werden können, erfolgt zur Bestimmung der EWB-Höhe eine Bewertung jeder Sicherheit zu ihrem wahrscheinlichen Realisationswert. Die Erfassung, Fortschreibung und Auflösung der Risikovorsorge erfolgt bei der Sparkasse in dem zentralen System RKB. Für latente Ausfallrisiken bildet die Sparkasse Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus bestehen Vorsorgen für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB.

Neben der Limitierung in der Risikotragfähigkeitsberechnung werden zur Risikosteuerung in der Strategie unter anderem Mindestanforderungen an externe Ratingnoten und Obergrenzen für Einzelgeschäfte festgelegt.

Periodisch ist wie im Vorjahr kein unerwartetes Kreditrisiko aufgetreten. Für die kommenden Jahre werden moderate Adressenausfallrisiken in Höhe der Planansätze erwartet. Das Bewertungsergebnis Kredit konnte in den letzten Jahren unter dem Planwert gehalten werden. In der vermögensorientierten Ermittlung des Adressenrisikos ist die Risikohöhe seit mehreren Jahren aufgrund der ausgewogenen Portfolio- und Ratingstruktur stabil. Zum 30.06.2015 erfolgte eine Systemumstellung von CPV 5.6 auf CPV 5.7 mit erweiterten Funktionen, die insbesondere die obligogewichtete Ratingnote berücksichtigen. Dadurch verringerte sich sowohl der erwartete Verlust als auch der Value-at-Risk. Mit der gleichzeitigen Umstellung der Betrachtung auf das unbesicherte Obligo erfolgte eine Anpassung in der Geschäfts- und Risikostrategie. Die Auslastung der Größenkonzentration erhöhte sich leicht von 18,8 % auf 20,7 % zum Jahresende. Künftig werden lediglich maßvolle Veränderungen erwartet. Die Adressenrisiken gehören zu den bedeutendsten Risiken der Sparkasse. Die Qualität der Portfoliostruktur und die Risikolage bei den Adressenrisiken sind auch vor dem Hintergrund der aktuellen Konjunkturlage sehr ausgewogen. Das Kreditportfolio der Sparkasse Neuss weist im Berichtsjahr einen Rückgang von -4,5 % auf. Die Größenkonzentration wird als durchschnittlich bewertet. Unternehmensbezogen besteht aktuell keine Konzentration in einer Branche.

Vor dem Hintergrund eines gut diversifizierten Kreditportfolios und der strategischen Ausrichtung im Kundenkreditgeschäft wird auch in Zukunft nicht mit außergewöhnlich hohen Kreditausfällen gerechnet.

Zu den Marktpreisrisiken in der periodischen Risikotragfähigkeitskonzeption gehören das Zinsspannenrisiko (darunter das Zinsänderungs-, Optionspreis- und Absatzrisiko), das Bewertungsergebnis Wertpapiere, das Immobilien-, das Aktienkurs-, das Währungs- und das Optionsrisiko. Die dominierenden Risiken sind das Zinsänderungsrisiko und das Bewertungsrisiko Wertpapiere und in geringem Maße das Immobilienrisiko. Daher sind diese Risiken mit Limiten unterlegt. Aufgrund der individuellen Struktur unseres Hauses beinhalten die weiteren Marktpreisrisiken keinen oder kaum Risikogehalt.

Seit 2015 werden die Zinsänderungsrisiken im Zinsbuch ergänzend zur periodischen Risikotragfähigkeit auch weiterhin vermögensorientiert betrachtet.

Bei der Messung der Zinsänderungsrisiken des gesamten zinstragenden Geschäftes nimmt die Sparkasse Neuss eine vermögensorientierte und passive Steuerung des Zinsbuches vor. Berücksichtigt wird dabei der Cash Flow des gesamten Kundengeschäftes und der Eigenanlagen. Außerdem werden implizite Optionen aus dem Aktiv- und Passivgeschäft in die Risikomessung einbezogen. Das variable Geschäft wird über die Methode der gleitenden Durchschnitte abgebildet. Die Mischungsverhältnisse für die variablen Produkte werden einmal jährlich auf ihre zukünftige Gültigkeit mit Hilfe von Szenarioanalysen überprüft und bei Bedarf angepasst. Auf die Spezialfonds wird das Durchschauprinzip angewendet.

Zur Ermittlung, Steuerung und Überwachung der Zinsänderungsrisiken nutzt die Sparkasse ein Value-at-Risk-Verfahren (Moderne Historische Simulation) mit einer Haltedauer von drei Monaten und einem Konfidenzniveau von 99 %. Zur Positionierung des Zinsbuchs im Vergleich zur Benchmark wurden Schwellenwerte für eine Barwert- und eine Value-at-Risk-Abweichung festgelegt.

Der BaFin-Zinsrisikoeffizient erhöhte sich im Laufe des Jahres von 20,1 % auf 22,2 %.

Das Zinsspannenrisiko wird als unerwartete negative Abweichung von einem geplanten Zinsüberschuss verstanden. Das Zinsänderungsrisiko wird in dieser Betrachtung über mehrere Szenariorechnungen mit einem Konfidenzniveau von 99 % berechnet. Das ungünstigste Szenario stellt das Risikoszenario dar und wird auf das Limit angerechnet.

Das Bewertungsergebnis Wertpapiere wird unterschiedlich gemessen. Im Rahmen der Risikotragfähigkeit wird die Abweichung des Bewertungsergebnisses Wertpapiere vom Wert aus der Jahresplanung (Erwartungswert) betrachtet. Der Risikofall wird auf Basis unterschiedlicher historischer Zins- und Spreadveränderungen mit einem Konfidenzniveau von 99 % berechnet.

Das Limit für das Adressenrisiko innerhalb der Risikoart Bewertungsergebnis Wertpapiere wurde im Berichtsjahr einmalig per 31.03.2015 überschritten. Das Limit für das Zinsspannenrisiko wurde 2015 jederzeit eingehalten.

Zusätzlich erfolgt im Rahmen der Risikosteuerung mit dem System SimCorp Dimension der Finanz-Informatik eine Messung des Marktpreisrisikos für die Eigenanlagen. Sämtliche Marktpreisrisiken aus den Eigenanlagen werden täglich durch das Risikocontrolling bewertet. Das Marktpreisrisiko, das als Value-at-Risk ausgedrückt wird, gibt den Verlust an, der innerhalb einer festgelegten Haltedauer (63 Tage) mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau 99 %) nicht überschritten wird. Die Ermittlung erfolgt nicht zur primären Steuerung, sondern zur Gewinnung zusätzlicher Informationen über drohende Verluste. Die Marktpreisrisiken der Sparkasse für Eigenanlagen befinden sich derzeit ausschließlich im Anlagebuch. Handelsbuchpositionen werden nicht gehalten. Für das mögliche Abschreibungsrisiko bei den Wertpapieranlagen wird ein Risikolimit vorgehalten. Die Ergebnisse werden in Berichten zusammengefasst.

Marktpreisrisiken für Immobilien werden unter Verwendung einer historischen Zeitreihe mit einer Haltedauer von einem Jahr und einem Konfidenzniveau von 99 % betrachtet. Für Marktpreisrisiken von Immobilien ist ein Vorsorgebetrag zur Limitierung festgelegt.

Alle im Rahmen des Risikomanagements festgelegten Limite für Marktpreisrisiken wurden wie im Vorjahr jederzeit eingehalten. Die Risikohöhe bewegte sich im Rahmen der Erwartungen. Auch für die Zukunft wird keine außergewöhnlich höhere Auslastung erwartet. Abschreibungen werden für die Jahre 2016 und 2017 nur in geringem Umfang erwartet.

Unter Liquiditätsrisiko wird die Gefahr verstanden, dass die Sparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit nicht uneingeschränkt nachkommen kann. Die Sparkasse steuert die Liquiditätsrisiken durch eine angemessene Liquiditätsvorsorge und eine verantwortungsvolle Strukturierung der Mittelzu- und -abflüsse. So erfolgt die Refinanzierung der Sparkasse vor allem über Kundeneinlagen und zu einem geringeren Teil über Kreditinstitute bzw. institutionelle Anleger, wobei die Kundeneinlagen in zunehmendem Maße kurzfristigen Charakter haben. Die Geschäftsleitung wird monatlich über die aktuelle Liquiditätslage informiert. Dies umfasst die monatliche Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung, die Liquiditätskennzahlen unter Einbeziehung von Risikoszenarien sowie den aktuellen Liquiditätsstatus. Der interne Schwellenwert liegt oberhalb der aufsichtsrechtlich geforderten Liquiditätskennzahl. Dieser Wert fließt zur Abbildung der Risikotragfähigkeitsberechnung und zur Sicherstellung der strategischen Ziele vierteljährlich in den Gesamtrisikobericht ein. Die anforderungsgemäße Einhaltung der kurzfristigen Liquiditätsdeckungskennziffer Liquidity Coverage Ratio (LCR) nach europäischem Aufsichtsrecht wird seit Oktober 2015 überwacht.

In Anlehnung an die Definition der Liquiditätskennziffer kann das Liquiditätsrisiko in das Refinanzierungs-, Termin- und Abrufisiko aufgespalten werden. Insbesondere das Refinanzierungsrisiko ist ein wesentlicher Faktor. Diese Risikoart bezeichnet die Gefahr, dass bei einem Überhang von festverzinslichen Darlehen die Refinanzierung nicht jederzeit sichergestellt werden kann. Zur Vermeidung dieser Situation platziert die Sparkasse Pfandbriefe und Sparkassenbriefe bei Kreditinstituten und institutionellen Kunden. Dabei machen die Sparkassenbriefe an Kreditinstitute mit 3,0 % der gesamten Refinanzierungen den größten Anteil aus, gefolgt von Pfandbriefen an Kreditinstitute (2,4 % der gesamten Refinanzierung). Der als strategische Reserve vorgehaltene Deckungsstock erlaubt weitere Emissionen von Pfandbriefen, die sowohl als Hypotheken- als auch als Öffentliche Pfandbriefe herausgegeben werden können. Zudem kann die Sparkasse auf Kreditlinien bei der Deutschen Bundesbank und Landesbank Hessen-Thüringen zurückgreifen.

Auf Basis von Frühwarnindikatoren und der Ergebnisse der Szenariobetrachtungen erwartet die Sparkasse wie in den Vorjahren auch weiterhin eine solide Liquiditätssituation. Die Liquiditätsrisiken stuft die Sparkasse auch vor dem Hintergrund einer anhaltenden Niedrigzinsphase weiterhin als gering ein.

Wie in den MaRisk gefordert, hat die Sparkasse im Jahr 2015 ein System implementiert, welches Liquiditätskosten, -nutzen und -risiken verursachungsgerecht verrechnet. Erklärtes Ziel war es dabei, Transparenz über die kostenwirksame Refinanzierungslücke zu gewinnen. Die Ermittlung der

Liquiditätsbeiträge erfolgt mit Hilfe einer Differenzbildung zwischen der risikobehafteten und der risikolosen Zinskurve. Bei der risikobehafteten Zinskurve wird darüber hinaus noch zwischen gedeckt und ungedeckt unterschieden. Diese Differenz wird als Liquiditätsspread bezeichnet. Aufgrund des überwiegend kleinteiligen Kundengeschäfts auf Aktiv- und Passivseite hat sich die Sparkasse für ein vereinfachtes Verfahren entschieden. Die Zuordnung der Liquiditätsbeiträge erfolgt daher nicht auf Basis von Einzelprodukten, sondern es werden mehrere Produkte zu sogenannten Teilportfolien zusammengefasst.

Operationelle Risiken werden definiert als Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Den operationellen Risiken wird in der Sparkasse durch eine Vielzahl von Maßnahmen entgegengetreten. Schwerpunkte liegen hier unter anderem bei den Sicherheitsvorkehrungen für den Einsatz der Informationstechnologie, den generellen Notfall- und Sicherheitskonzepten, den klaren Arbeits- und Kompetenzregelungen, einer gezielten Betrugsprävention und dem Abschluss von Versicherungen.

In der Sparkasse ist ein von der Sparkassenorganisation entwickeltes System zum Management und Controlling operationeller Risiken implementiert, welches den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen Rechnung trägt. Mit den Bestandteilen Risikoinventur und Schadensfalldatenbank nimmt die Sparkasse eine Analyse der operationellen Risiken vor. Ziel der Risikoinventur ist die qualitative und quantitative Einschätzung des Risikopotenzials auf Basis von Selbsteinschätzungen. In der Schadensfalldatenbank werden systematisch alle innerhalb der Sparkasse tatsächlich aufgetretenen Schadensfälle ab 1.000 EUR aus operationellen Risiken erfasst.

Die Ermittlung des Risikofalls erfolgt in der periodischen Sicht durch die Ableitung des unerwarteten Verlustes über den Erwartungswert Gesamtjahr in Verbindung mit dem q-Faktor des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes für das Konfidenzniveau von 99 %. Als Erwartungswert wird der Durchschnittswert (Bruttobetrag) der historisch eingetretenen Schadensfälle seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 2005 genommen. Die Risikolage bei den operationellen Risiken ist seit Implementierung des Controllingsystems zu operationellen Risiken weitestgehend unverändert. Das vorgesehene Limit für operationelle Risiken wurde maximal mit 82,3 % ausgelastet, weil keine besonderen Schäden aufgetreten sind.

Im engeren Sinne gelten auch solche Ereignisse als operationelles Risiko, die beispielweise aufgrund veränderter Rechtsprechung Vermögenspositionen der Sparkasse Neuss negativ beeinflussen können. Für 2015 sind hier vorrangig ergangene Urteile zu Schadensersatzforderungen aus fehlerhaften Widerrufsbelehrungen zu nennen. Die Sparkasse Neuss hat hier ihr Darlehensportfolio entsprechend analysiert und für etwaige Rückabwicklungsansprüche Rückstellungen gebildet.

Das erwartete Risiko (Bruttobetrag) im Berichtsjahr lag nach vier Jahren erstmals wieder oberhalb des langjährigen Durchschnitts und wird für die nächsten Jahre eher unterhalb des Durchschnittswertes eingeschätzt. Der Wert für das unerwartete Risiko hat sich aufgrund der Anpassung des Konfidenzniveaus verfünffacht.

Risiken aus Beteiligungen werden ebenfalls den wesentlichen Risiken zugeordnet. Hierzu zählen insbesondere die Beteiligungen der Sparkasse Neuss am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband und an der Landesbank Berlin. Unter Risiken aus Beteiligungen versteht man die Gefahr, dass aus Eigenkapitalbeteiligungen Verluste entstehen. Bereits seit 2009 legt die Sparkasse aus ihrem Ergebnis jedes Jahr mehr als 3,0 Mio. EUR für eventuell über die bestehenden Garantien hinausreichende Verluste der Ersten Abwicklungsanstalt der Westdeutschen Landesbank zurück.

In der Berechnung für Risiken aus Beteiligungen wird ein aktienähnliches Risiko von 42 % bezogen auf den Buchwert unterstellt und im Rahmen der Risikotragfähigkeit mit der entsprechend notwendigen Risikodeckungsmasse unterlegt. Im Jahr 2015 waren Bewertungsmaßnahmen erforderlich. Dies führte insgesamt zu einem Rückgang des Bilanzwertes der Beteiligungen um 1,0 %. Weitere Abschreibungen / Belastungen können für die kommenden Jahre nicht ausgeschlossen werden.

Unter sonstigen Risiken werden alle weiteren denkbaren Risiken gesehen, die neben den zuvor genannten Risiken auftreten können. Diese Risikoarten werden von der Sparkasse Neuss zur Zeit als nicht wesentlich eingestuft, jedoch regelmäßig im Rahmen einer jährlichen Risikoinventur systematisch untersucht. Die Ergebnisse der Untersuchung werden im internen Risikoausschuss besprochen. Zusätzlich unterliegen die sonstigen Risiken einer laufenden Beobachtung im Rahmen der Weiterentwicklung der eingesetzten Risikomessverfahren. Für das Planungsrisiko zum ordentlichen Ertrag/ Aufwand wurden Vorsorgebeträge bereitgestellt und die Auslastung quartalsweise festgestellt. Wie im Vorjahr sind keine Überschreitungen aufgetreten.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die für die Sparkasse Neuss bedeutsamen Risiken liegen im Bereich der Adressen-, der Zinsänderungs- und der Beteiligungsrisiken. Das Gesamtbankrisiko, das sich aus der Zusammenführung aller potenziellen Risiken ergibt, ist durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgeschirmt. Zudem wird nur ein Teil der ermittelten Risikodeckungsmasse für die Ableitung der Risikolimiten eingesetzt und ein weiterer Teil als zusätzlicher Risikopuffer vorgehalten.

Das periodenorientierte Risiko hat sich im Laufe des Berichtsjahres auf Grund des abnehmenden Risikozeithorizontes zum Jahresende sukzessive verringert. In der Unterkategorie Adressenrisiko resultiert eine einmalige Überschreitung aus einer nicht sachgerechten Ratingzuordnung. Die Risiken aus Beteiligungen sind in Folge einer Anpassung der Zeitreihe für die Risikoermittlung gesunken.

Das vermögensorientierte Adressenrisiko war im Berichtsjahr stabil. Leichte Veränderungen sind durch einen systembedingten Versionswechsel aufgetreten. Das Zinsänderungsrisiko im Zinsbuch inklusive Spezialfonds ist im Jahresverlauf insgesamt angestiegen, nachdem zwischenzeitlich ein Rückgang zu verzeichnen war.

Die insgesamt zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse war jederzeit ausreichend. Das Risikolimit für das Gesamthaus wurde zu keinem Zeitpunkt überschritten. Vor diesem Hintergrund schätzt die Sparkasse ihre Risiken eher als normal ein. Auch für das Jahr 2016 werden keine außergewöhnlichen

Belastungen erwartet. Erhöhte Risiken könnten sich im Zuge steigender Zinsen negativ auf das Zinsspannenrisiko sowie das Bewertungsergebnis Wertpapiere auswirken.

Prognosebericht

Im letzten Quartal 2015 ist die Wirtschaft im Euroraum mit 0,3 % gegenüber dem Vorquartal genau so stark gewachsen wie die deutsche Wirtschaft. China, Russland, Brasilien und andere Schwellenländer hingegen stecken in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Diese wirtschaftliche Schwäche wird durch die nachlassende Rohstoffnachfrage in weitere Schwellenländer übertragen. Diverse deutsche Stimmungsindikatoren zeigen an, dass die Verunsicherung, die zuletzt schon den Aktienmarkt erfasst hat, bei den realwirtschaftlichen Unternehmen angekommen ist. Die Geschäftslage wurde bisher immer als unverändert gut beschrieben, jedoch wurden die Erwartungen deutlich zurückgeschraubt.

Sollten die Irritationen in der Stimmungslage sich nicht bestätigen, wird für das nächste Jahr von einer weiteren vorteilhaften Entwicklung der deutschen Wirtschaft ausgegangen.

Es wird mit einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts um 1,8 % gegenüber 2015 gerechnet. In 2015 stieg das Bruttoinlandsprodukt um 1,7 % und überstieg damit deutlich den prognostizierten Wert von 0,8 %. Das Wachstum im Jahr 2016 ist vor allem in der Binnennachfrage begründet. Beflügelt durch die gute Arbeitsmarktlage, die hohen verfügbaren Einkommen und die niedrigen Preise (+ 0,7 %) wird der private Konsum voraussichtlich um 1,8 % gegenüber 2015 ansteigen. Ebenso wird mit einem Anstieg der Investitionen (Bauinvestitionen + 2,0 %, Ausrüstungen + 3,0 %) gerechnet.

Die Lage des Arbeitsmarkts war in 2015 durch hohe Arbeitsnachfrage und eine rückläufige Arbeitslosenquote gekennzeichnet. Die Zahl der offenen Stellen stieg in 2015 an. Das prognostizierte Wirtschaftswachstum in 2016 dürfte mit einer weiterhin steigenden Beschäftigung einhergehen. Es wird mit einer Arbeitslosenquote von 6,4 % gerechnet. Diese entspricht der Arbeitslosenquote des Jahres 2015.

Unter Berücksichtigung des gesamten wirtschaftlichen Umfeldes, der Rekordtiefstände der Kapitalmarktzinsen und einem Leitzins von 0,0 % (Stand März 2016) ist seitens der Europäischen Zentralbank nicht mit weiteren Zinsschritten für 2016 zu rechnen. Die Sparkasse Neuss rechnet daher mit unveränderten Geldmarktsätzen auf aktuellem Niveau.

Bei der Planung zur Geschäftsentwicklung des Jahres 2016 orientiert sich die Sparkasse Neuss an den Einschätzungen ihrer Markt- und Fachbereiche. Die Planungsgenauigkeit nimmt ab, je weiter der betrachtete Zeitraum in der Zukunft liegt. Findet eine von den Prämissen abweichende Entwicklung statt, werden sich die tatsächlichen Ergebnisse unter Umständen von dem ursprünglich erwarteten Szenario unterscheiden. Die Sparkasse verfügt jedoch - wie in der Risikoberichterstattung erläutert - über Instrumente und Prozesse, mit denen Abweichungen von den Erwartungen erkannt und analysiert werden können. Anhand der Erkenntnisse kann gegebenenfalls steuernd eingegriffen werden.

Im Jahr 2016 wird sowohl im Kundenkreditgeschäft als auch bei den Kundeneinlagen mit einem Volumenzuwachs gerechnet. Die Ausleihungen werden gemäß Planung um 4,1 % und die Kundeneinlagen um 2,3 % wachsen.

Zur Sicherstellung der Anforderungen aus der Liquiditätssteuerung wird der Bestand an eigenen Wertpapieren in 2016 deutlich ausgeweitet. Um die im Vergleich zum Passivgeschäft stärkeren Zuwächse im Kundenkreditgeschäft auszugleichen, sollen im Interbankengeschäft bestehende Anlagen in kurzfristigen Termingeldern reduziert werden. Ergänzend soll der zusätzliche Refinanzierungsbedarf über die Emission von Hypothekendarlehenpfandbriefen gedeckt werden.

Die durchschnittliche Bilanzsumme wird im Jahr 2016 voraussichtlich um 0,3 % zurückgehen.

Auf Basis der Geschäftsplanung und der aktuellen Zinserwartung geht die Sparkasse Neuss für das Geschäftsjahr 2016 von einem geringfügig niedrigeren Zinsüberschuss aus.

Durch den weiteren Ausbau des Dienstleistungs- und Wertpapiergeschäftes wird für das kommende Jahr ein deutlicher Anstieg (ca. 8,0 %) des Provisionsüberschusses erwartet.

Aufgrund der Budgetplanung erwartet die Sparkasse Neuss im Jahr 2016 durch steigende Personal- und Sachaufwendungen einen leichten Anstieg der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen.

Das Wertpapiereigengeschäft der Sparkasse Neuss ist von großer Vorsicht geprägt. Es besteht kein Engagement in Anleihen aus wirtschaftlich schwachen Eurostaaten, die zu außergewöhnlichen Abschreibungen führen könnten. Auf Basis des von der Sparkasse erwarteten gleichbleibenden Zinsniveaus wird für 2016 kein nennenswerter Abschreibungsbedarf erwartet.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft und bei Beteiligungen ist nur unter großer Unsicherheit zu prognostizieren. Aufgrund der Qualität des Kreditportfolios geht die Sparkasse derzeit nicht von außergewöhnlich hohen Belastungen aus.

Insgesamt wird mit einem leicht höheren Bewertungsergebnis gerechnet.

Zur Abdeckung der Risiken der WestLB Abwicklungsanstalt erhielten die Sparkassen 25 Jahre Zeit, einen Teil ihres Gewinns anzusparen, um ihn im Zweifelsfall für Verluste der Abwicklungsanstalt verwenden zu können. Daher wird die Sparkasse Neuss aus ihrem Jahresergebnis der kommenden Jahre ebenfalls Beträge in vergleichbarer Höhe des Vorjahresbetrages für diesen Zweck zurücklegen.

Der Jahresüberschuss nach Steuern wird 2016 aufgrund der bisherigen Erkenntnisse auf dem Niveau des Vorjahres liegen. Somit kann auch im nächsten Jahr eine angemessene Eigenkapitaldotierung erfolgen, um weiterhin die Mindestkapitalanforderungen gemäß CRR zu erfüllen.

Die Planungsergebnisse über das Jahr 2016 hinaus werden ebenfalls von der anhaltenden Niedrigzinsphase geprägt, was mittelfristig zu leicht sinkenden Zinsüberschüssen führt. Dieser Entwicklung soll durch eine sukzessive Steigerung des Provisionsüberschusses begegnet werden. Gleichzeitig eingeleitete Maßnahmen zur Einsparung von Personalkosten weisen bereits erste positive Tendenzen auf.

Als Chancen oder Risiken im Sinne dieses Prognoseberichts werden mögliche positive oder negative Abweichungen von den dargestellten Erwartungen verstanden.

Chancen sieht die Sparkasse Neuss in der Stabilisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Unter der Voraussetzung, dass die Unternehmen das Vertrauen in die Wirtschaft zurückgewinnen und vermehrt Investitionen tätigen, sollte eine Ausweitung des Kreditgeschäfts möglich sein. Die steigenden verfügbaren Einkommen sind eine gute Voraussetzung, um das Einlagengeschäft und das Verbundgeschäft zu stärken. Dies könnte zu einem höheren Zinsüberschuss und einer Ausweitung des Provisionsergebnisses führen.

Eine weitere Chance besteht in der erfolgten Einrichtung eines medialen Kundencenters. Hiermit kann den geänderten Kundenwünschen nach modernen Kommunikationswegen entsprochen werden. Ziel ist es, alle modernen Kommunikationswege unter Einbeziehung der persönlichen Beraterinnen und Berater in den Geschäftsstellen sukzessive miteinander zu vernetzen, um so zusätzliche Vorteile für die Kunden zu schaffen.

Risiken für das nächste Jahr liegen in den schwierigen Rahmenbedingungen und zunehmenden Belastungen in Folge des extrem niedrig gehaltenen Zinsniveaus und der gleichzeitig steigenden regulatorischen Anforderungen. Weitere Risiken liegen in der unternehmerischen und banküblichen Gefahr, die prognostizierten Unternehmensergebnisse nicht zu erreichen. Neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten Risiken stellt eine Stagnation oder gar ein Abschwung der Wirtschaft ein Risiko für die Sparkasse dar. Darüber hinaus liegen latente Risiken in einem sich weiter verschärfenden Konditionenwettbewerb. Die Sparkasse als Marktführer vor Ort bildet hier den natürlichen Hauptangriffspunkt im Kampf um Marktanteile.

Die bestehenden Risiken sind für die Sparkasse Neuss im Rahmen ihrer Überwachungs- und Steuerungssysteme jedoch beherrschbar. Risiken, die den Bestand der Sparkasse gefährden könnten, sind nicht erkennbar.

Zusammenfassung der voraussichtlichen Entwicklung

Soweit aus heutiger Sicht prognostizierbar, erwartet die Sparkasse Neuss für das kommende Jahr eine stetige Geschäftsentwicklung mit einem soliden Jahresergebnis, das eine angemessene Eigenkapitaldotierung auch im Hinblick auf die Regelungen durch Basel III ermöglicht. Die Anforderungen aus der Liquiditätsdeckung werden durch geeignete Maßnahmen sichergestellt.

Mit Hilfe der Doppelstrategie aus flächendeckender Präsenz vor Ort und der Nutzung moderner Kommunikationswege wird die Sparkasse Neuss auch zukünftig ihre bisher erfolgreiche Geschäftsentwicklung fortsetzen können.

Neuss, den 22. März 2016

Sparkasse Neuss
Der Vorstand

Schmuck

Mölder

Dr. Gärtner

Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat ist über alle wichtigen Angelegenheiten der Sparkasse unterrichtet worden, insbesondere über die geschäftliche Lage und Entwicklung der Sparkasse im Rahmen des Budgets (§ 20 Abs. 6 Sparkassengesetz NRW).

Die Grundsatzfragen der Geschäftspolitik und alle wesentlichen Vorgänge im Geschäftsablauf wurden eingehend erörtert.

Der Verwaltungsrat hat die ihm gesetzlich obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die vom Vorstand vorbereiteten erforderlichen Beschlüsse gefasst.

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes hat den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015 geprüft. Mit ihrem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk testierte sie, dass der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entspricht und unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse vermittelt. Ferner wird bestätigt, dass der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss steht und ein insgesamt zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse vermittelt und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt.

Der Verwaltungsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 festgestellt und den Lagebericht 2015 gebilligt.

Die Verwendung des Jahresüberschusses erfolgt nach § 25 Sparkassengesetz NRW.

Für die im Jahre 2015 geleistete erfolgreiche Arbeit dankt der Verwaltungsrat dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparkasse.

Neuss, den 30. Juni 2016

Reiner Breuer

Bürgermeister der Stadt Neuss
Vorsitzendes Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse Neuss

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2015

der

Sparkasse Neuss

Zweckverbandssparkasse des Rhein-Kreises Neuss,
der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der
Stadt Kaarst

Land

Nordrhein-Westfalen

Regierungsbezirk

Düsseldorf

Aktivseite

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2015

			31.12.2014
	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve			
a) Kassenbestand		46.258.824,32	50.035
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		163.245.355,31	132.710
		209.504.179,63	182.745
2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind			
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen		-,-	-
b) Wechsel		-,-	-
		-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig		42.308.797,20	15.097
b) andere Forderungen		193.667.863,77	225.011
		235.976.660,97	240.108
4. Forderungen an Kunden		4.860.804.028,54	4.900.024
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	2.621.777.591,59 EUR		(2.592.684)
Kommunalkredite	271.043.569,60 EUR		(333.779)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
a) Geldmarktpapiere			
aa) von öffentlichen Emittenten	-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- EUR		(-)
ab) von anderen Emittenten	-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- EUR		(-)
		-,-	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen			
ba) von öffentlichen Emittenten	208.608.472,05		369.808
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	208.608.472,05 EUR		(369.808)
bb) von anderen Emittenten	251.615.614,06		345.076
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	251.615.614,06 EUR		(345.076)
		460.224.086,11	714.884
c) eigene Schuldverschreibungen		-,-	-
Nennbetrag	-,- EUR		-
		460.224.086,11	714.884
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		98.034.392,81	98.037
6a. Handelsbestand		-,-	-
7. Beteiligungen		88.327.998,04	89.295
darunter:			
an Kreditinstituten	-,- EUR		(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- EUR		(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		49.489,73	49
darunter:			
an Kreditinstituten	-,- EUR		(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- EUR		(-)
9. Treuhandvermögen		2.980.322,90	3.351
darunter:			
Treuhandkredite	2.980.322,90 EUR		(3.351)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch		-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte			
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,-	-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		480.897,00	472
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,-	-
d) geleistete Anzahlungen		-,-	-
		480.897,00	472
12. Sachanlagen		63.779.977,33	69.203
13. Sonstige Vermögensgegenstände		7.443.375,52	7.333
14. Rechnungsabgrenzungsposten		139.165,17	1.769
15. Aktive latente Steuern		-,-	-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung		-,-	-
Summe der Aktiva		6.028.924.573,75	6.307.270

Passivseite**Jahresbilanz zum 31. Dezember 2015**

	EUR	EUR	EUR	31.12.2014 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		5.658.033,88		21.262
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>770.964.113,36</u>		<u>1.216.538</u>
			776.622.147,24	<u>1.237.800</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.028.586.216,87			987.907
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>878.373.711,74</u>			<u>968.134</u>
		1.906.959.928,61		<u>1.956.041</u>
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	2.545.312.223,47			2.275.652
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>235.050.190,62</u>			<u>284.513</u>
		2.780.362.414,09		<u>2.560.165</u>
			4.687.322.342,70	<u>4.516.206</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		31.725,00		130
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	-,-	EUR		(-)
eigene Akzepte und Solaw echsel im Umlauf	-,-	EUR		(-)
			31.725,00	130
3a. Handelsbestand			-,-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten			2.980.322,90	3.351
darunter:				
Treuhandkredite	2.980.322,90	EUR		(3.351)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			8.942.241,11	9.612
6. Rechnungsabgrenzungsposten			3.198.624,90	3.997
6a. Passive latente Steuern			-,-	-
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		38.468.947,00		34.520
b) Steuerrückstellungen		<u>-,-</u>		<u>164</u>
c) andere Rückstellungen		<u>14.821.038,20</u>		<u>17.189</u>
			53.289.985,20	<u>51.873</u>
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			894.325,31	1.229
10. Genussrechtskapital			-,-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,-	EUR		(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			114.660.000,00	103.850
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		-,-		-
b) Kapitalrücklage		<u>-,-</u>		<u>-</u>
c) Gew innrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	375.221.581,93			373.361
cb) andere Rücklagen	<u>-,-</u>			<u>-</u>
		375.221.581,93		373.361
d) Bilanzgew inn		<u>5.761.277,46</u>		<u>5.861</u>
			380.982.859,39	<u>379.222</u>
Summe der Passiva			6.028.924.573,75	6.307.270
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechs		-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		81.265.424,04		87.830
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeit		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			81.265.424,04	87.830
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>223.322.474,95</u>		<u>150.584</u>
			223.322.474,95	150.584

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015**

	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2014 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	195.897.400,00			209.694
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	-,-,-- EUR			(-)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	4.970.565,92			9.042
		200.867.965,92		218.736
		83.945.714,82		101.534
2. Zinsaufwendungen				
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	105.113,12 EUR			(195)
			116.922.251,10	117.202
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		1.919.994,49		4.178
b) Beteiligungen		2.205.624,76		1.797
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		245.974,89		60
			4.371.594,14	6.035
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			-,-,-	-
5. Provisionserträge		39.675.726,53		38.054
6. Provisionsaufwendungen		3.030.224,29		3.178
			36.645.502,24	34.876
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands			-,-,-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge			5.777.774,48	5.222
darunter:				
aus der Fremdwährungsumrechnung	12.154,52 EUR			(11)
aus der Abzinsung von Rückstellungen	-,-,-- EUR			(-)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-,-	-
			163.717.121,96	163.335
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	57.349.828,43			57.216
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	16.715.638,48			16.154
darunter:				
für Altersversorgung	6.287.897,14 EUR			(5.744)
		74.065.466,91		73.370
b) andere Verwaltungsaufwendungen		30.510.321,24		29.987
			104.575.788,15	103.357
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			6.273.781,61	6.489
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			10.238.119,17	7.498
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	5.068.171,54 EUR			(2.918)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rück- stellungen im Kreditgeschäft		13.775.016,57		14.838
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rück- stellungen im Kreditgeschäft		-,-,-		-
			13.775.016,57	14.838
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlage- vermögen behandelte Wertpapiere		838.717,58		12
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		-,-,-		-
			838.717,58	12
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			-,-,-	-
18. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			10.810.000,00	12.965
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			17.205.698,88	18.176
20. Außerordentliche Erträge			-,-,-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen			-,-,-	-
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	-,-,-- EUR			(-)
22. Außerordentliches Ergebnis			-,-,-	-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		11.112.444,14		11.981
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		331.977,28		334
			11.444.421,42	12.315
25. Jahresüberschuss			5.761.277,46	5.861
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			-,-,-	-
			5.761.277,46	5.861
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		-,-,-		-
b) aus anderen Rücklagen		-,-,-		-
			-,-,-	-
			5.761.277,46	5.861
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		-,-,-		-
b) in andere Rücklagen		-,-,-		-
			-,-,-	-
29. Bilanzgewinn			5.761.277,46	5.861

Anhang

Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) sowie des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Geschäftsjahr 2015 nicht verändert.

Die Zuordnung von Wertpapieren zur Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) oder zum Anlagevermögen haben wir im Geschäftsjahr nicht geändert.

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheindarlehen mit Halteabsicht bis zur Endfälligkeit) haben wir zum Nennwert bilanziert.

Laufzeitzinsdarlehen wurden zum Zeitwert angesetzt. Bei Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden kapitalanteilig nach der Zinsstaffelmethode auf die Festzinsfrist bzw. auf die Darlehenslaufzeit verteilt.

Für akute Ausfallrisiken bei Forderungen an Kunden haben wir Einzelwertberichtigungen in Höhe des zu erwartenden Ausfalls gebildet. Ferner wurden nach den Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand berücksichtigt.

Von Kunden im Zusammenhang mit einer vorzeitigen Anpassung von Festzinsvereinbarungen an das aktuelle Marktzinsniveau erhaltene Ausgleichsbeträge wurden – wie Vorfälligkeitsentgelte – unmittelbar in voller Höhe erfolgswirksam vereinnahmt.

Der Wechselbestand wurde zum Zeitwert bilanziert.

Alle Wertpapiere sind mit ihren Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert. Zusätzlich besteht Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute. Anleihen griechischer Emittenten haben wir nicht im Bestand.

Einen aktiven Markt haben wir unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen. Für Teile unseres zinsbezogenen Wertpapierbestandes waren die Märkte zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. Die von unserem Dienstleister zur Verfügung gestellten indikativen Kurse haben wir nach einem sachgerechten Verfahren plausibilisiert.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen wegen dauernder und vorübergehender Wertminderungen, bilanziert. Ausstehende Verpflichtungen zur Leistung gesellschaftlich begründeter Einlageverpflichtungen wurden dann aktiviert, wenn sie am Bilanzstichtag bereits eingefordert wurden. Die Beteiligungsbewertung erfolgt grundsätzlich auf der Basis der Vorgaben des IDW RS HFA 10 nach dem Ertragswertverfahren. Andere Bewertungsmethoden kommen dann zum Einsatz, wenn die Art bzw. der betragsliche Umfang der Beteiligung dies rechtfertigen.

Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wurden nicht als Aktivposten in die Bilanz aufgenommen.

Die Sachanlagen und die immateriellen Anlagewerte, die ab dem Jahr 2010 angeschafft worden sind, werden linear über die voraussichtliche bzw. betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Vor dem Jahr 2010 angeschaffte Vermögensgegenstände schreiben wir unter Nutzung der Übergangsmöglichkeit des BilMoG (Art. 67 (4) EGHGB) weiterhin mit den steuerlich zulässigen Höchstsätzen ab. Niedrigere Wertansätze auf Sachanlagevermögen, die aus der Übernahme steuerrechtlicher Regelungen resultierten (§ 6b EStG), haben wir ebenfalls nach Art. 67 (4) EGHGB fortgeführt. Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 150 Euro werden sofort als Sachaufwand erfasst. Für Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von mehr als 150 Euro bis 1.000 Euro wird ein Sammelposten gebildet, der aufgrund der insgesamt unwesentlichen Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Rahmen einer Gesamtbetrachtung über fünf Jahre ergebniswirksam verteilt wird.

Einen Überhang aktiver latenter Steuern, der sich nach Saldierung mit passiven latenten Steuern ergab, haben wir in Ausübung des Wahlrechtes nach § 274 (1) Satz 2 HGB nicht bilanziert.

Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Agien und Disagien wurden in die Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig verteilt. Unterschiedsbeträge zwischen Ausgabe- und Erfüllungsbetrag bei Verbindlichkeiten werden auf die Festzinsfrist bzw. bei variablem Zins auf deren Laufzeit verteilt.

Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst (Nettomethode).

Die Rückstellungen für unmittelbar zugesagte Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben wir nach dem finanzmathematischen Teilwertverfahren auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005g berechnet. Bei der Ermittlung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,5 % und Rentensteigerungen von 1,5 % unterstellt. Die Rückstellungen wurden unter Wahrnehmung des Wahlrechtes gemäß § 253 (2) Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dieser Zinssatz beträgt 3,89 %.

Die sonstigen Rückstellungen entfallen im Wesentlichen auf Verpflichtungen aus banküblichen Geschäften im Zusammenhang mit Bonuszahlungen für Sparverträge und Personalaufwendungen. Sie wurden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages gebildet. Für Zwecke der Rückstellungsbildung haben wir eine Einschätzung vorgenommen, ob dem Grunde nach rückstellungspflichtige Tatbestände vorliegen und ob nach aktuellen Erkenntnissen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Inanspruchnahme zu erwarten ist. Bei der Beurteilung von Rechtsrisiken haben wir die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt. Bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgte eine Abzinsung. Die Abzinsung erfolgte mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre. Bei der Bestimmung des Diskontierungszinssatzes sind wir davon ausgegangen, dass Änderungen des Zinssatzes jeweils zum Jahresende eingetreten sind. Entsprechend sind wir für die Bestimmung des Zeitpunktes der Änderungen des Verpflichtungsumfanges bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs vorgegangen.

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken wurde ein Sonderposten gemäß § 340g HGB gebildet.

Zinsbezogene Finanzinstrumente (einschließlich Derivate) unseres Bankbuchs (Zinsbuchs) haben wir auf der Grundlage der vom IDW veröffentlichten Stellungnahme zur Rechnungslegung RS BFA 3 „Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuch)“ nach der Barwertmethode bewertet. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war.

Die Sparkasse setzt Derivate im Wesentlichen im Rahmen der Zinsbuchsteuerung ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen. Darüber hinaus wurde eine Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB als Micro-Hedge zur Absicherung von Zinsrisiken aus einem Darlehen gebildet. Die Angaben nach § 285 Nr. 23 HGB erfolgen in einem separaten Abschnitt des Anhangs.

Positive Zinsen aus Geldaufnahmen wurden im Zinsertrag, negative Zinsen aus Geldmarktgeschäften wurden im Zinsaufwand ausgewiesen. Die entsprechenden Zinsabgrenzungen wurden bei den zugehörigen Bilanzposten angegeben.

Währungsumrechnung

Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sind mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet. Für entsprechende zum Jahresende nicht abgewickelte Termingeschäfte wurde der Terminkurs herangezogen. In den Beständen sind in derselben Währung besonders gedeckte Geschäfte vorhanden. Von einer besonderen Deckung gehen wir aus, wenn das Wechselkursänderungsrisiko durch sich betragsmäßig entsprechende Geschäfte oder Gruppen von Geschäften einer Währung ausgeschlossen wird. Bei den besonders gedeckten Geschäften handelt es sich um laufende Konten, Währungspositionen, Devisentermin- und -optionsgeschäfte von Kunden, die durch gegenläufige Geschäfte mit Kreditinstituten gedeckt sind.

Die Aufwendungen und Erträge von besonders gedeckten Geschäften wurden je Währung saldiert und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung wurden unabhängig von der Restlaufzeit erfolgswirksam berücksichtigt und im sonstigen Ergebnis ausgewiesen. Die Erträge aus der Umrechnung von Fremdwährungsposten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr und weniger wurden erfolgswirksam vereinnahmt und analog ausgewiesen.

Erläuterungen zur Bilanz

Die zu Posten und Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge beinhalten keine anteiligen Zinsen.

Aktiva 3 - Forderungen an Kreditinstitute

	€	€ i.Vj.
In diesem Posten sind enthalten:		
- Forderungen an die eigene Girozentrale	102.761.591,36	77.195.900,20
Der Unterposten b) - andere Forderungen- setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	20.000.000,00	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	169.000.000,00	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	0,00	
- mehr als fünf Jahre	0,00	
In folgenden Unterposten sind enthalten:		
b) andere Forderungen		
- nachrangige Forderungen	9.321.041,81	9.321.041,81

Aktiva 4 - Forderungen an Kunden

	€	€ i.Vj.
In diesem Posten sind enthalten:		
- Forderungen an verbundene Unternehmen	1.543.992,29	1.524.608,60
- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11.180.052,47	11.180.060,84

Dieser Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate	158.356.603,05
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	310.646.515,06
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.141.492.539,63
- mehr als fünf Jahre	2.971.924.284,43
- Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	275.906.986,33

Aktiva 5 - Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

	€
In diesem Posten sind enthalten:	
- Beträge, die bis zum 31.12.2016 fällig werden	94.433.150,00
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:	
- börsennotiert	442.316.987,74
- nicht börsennotiert	17.907.098,37

Aktiva 6 - Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die Sparkasse hält mehr als 10 % der Anteile an Sondervermögen im Sinne des § 1 (10) des Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB), die nachfolgend nach Anlageziel gegliedert dargestellt sind:

	Buchwert in Mio. €	Marktwert in Mio. €	Differenz Buchwert Marktwert	Ausschüttung in 2015 in Mio. €	Tägl. Rückgabe möglich	Unterlassene Abschr. in Mio. €
Spezialfonds						
Novesia	98,0	122,1	24,1	1,9	Ja	0,0

Der Spezialfonds Novesia ist international ausgerichtet und investiert schwerpunktmäßig in Staatsanleihen, Pfandbriefe und Unternehmensanleihen.

Dem Anlagevermögen ist ein sonstiger offener Immobilienfonds (Buch- und Zeitwert 0,001 Mio. Euro) zugeordnet.

Aktiva 7 - Beteiligungen

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Beteiligungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse wird auf Angaben gemäß § 285 Nr. 11 und Nr. 11a HGB verzichtet.

Aktiva 8 - Anteile an verbundenen Unternehmen

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Tochterunternehmen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse wird auf Angaben gemäß § 285 Nr. 11 HGB und auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses gemäß § 296 Abs. 2 HGB verzichtet.

Aktiva 9 - Treuhandvermögen

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden dar.

Aktiva 12 - Sachanlagen

	€	€ i.Vj.
In diesem Posten sind enthalten:		
- im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	44.885.706,09	48.934.363,74
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.126.999,00	6.801.166,00

Aktiva 14 - Rechnungsabgrenzungsposten

	€	€ i.Vj.
In diesem Posten sind enthalten:		
- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten	656.478,40	1.094.591,15

Aktiva 15 - Aktive latente Steuern

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbe- und Steuerentlastungseffekte. Wir haben diese Effekte auf der Basis eines Körperschaftsteuersatzes (inklusive Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und einem Gewerbesteuersatz von 15,82 % unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 18 ermittelt. Aktive und passive latente Steuern haben wir verrechnet.

Einen verbleibenden Überhang aktiver latenter Steuern haben wir nicht angesetzt.

Die verrechneten passiven und aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen folgender Gruppen von Vermögensgegenständen und Schulden:

- Forderungen an Kunden
- Wertpapiere

- Rückstellungen
- Sachanlagen
- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
- Beteiligungen

Mit Blick auf die zu versteuernden temporären Differenzen und die Erwartung voraussichtlicher künftiger steuerpflichtiger Gewinne halten wir die voraussichtliche Realisierung der aktiven latenten Steuern für gegeben.

Unter den Aktiva lauten auf Fremdwährung Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von 19.309.013,43 Euro.

Anlagenpiegel

	Anschaffungs- kosten	Veränderungen des Geschäftsjahres			Abschreibungen und Wert- berichtigungen Insgesamt	Bilanzwert am Jahresende	Bilanzwert Vorjahr	Abschrei- bungen des Geschäfts- jahres	Abschrei- bungen des Vorjahres
		Zugänge	Abgänge	Zu- schrei- bungen					
	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Grundstücke und Gebäude	192.888.957,63	141.319,72	2.447.303,64	-	132.929.995,38	57.652.978,33	62.401.572,30	4.387.545,29	4.385.750,41
Betriebs- u. Geschäfts- ausstattung	53.629.926,16	1.083.804,71	2.499.534,52	-	46.087.197,35	6.126.999,00	6.801.166,00	1.724.422,71	1.921.431,74
Immaterielle Anlagewerte	3.523.952,88	170.148,54	0,00	-	3.213.204,42	480.897,00	472.562,07	161.813,61	181.656,84

Veränderungen zusammengefasst:

Aktien u.a. nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	1.050,00	1.050,00
Beteiligungen	-967.082,04	88.327.998,04	89.295.080,08
Anteile an verbundenen Unternehmen	-	49.489,73	49.489,73
Sonstige Vermögens- gegenstände	-	76.644,90	76.644,90
darunter: Anteile an Genossen- schaften	-	76.644,90	76.644,90

Passiva 1 - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

€ € i.Vj.

In diesem Posten sind enthalten:

- Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale 5.397.966,05 47.027.587,33

Der Unterposten b) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate 35.361.339,26
 - mehr als drei Monate bis ein Jahr 97.897.609,86
 - mehr als ein Jahr bis fünf Jahre 293.632.113,30
 - mehr als fünf Jahre 323.171.200,66

Für die in dieser Position ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Weiterleitungsdarlehen gegenüber Kreditinstituten sind Forderungen an Kunden (387.352.137,28 Euro) abgetreten worden.

Passiva 2 - Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	€	€ i.Vj.
In diesem Posten sind enthalten:		
- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	23.348,28	40.235,61
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	878,34

Der Unterposten a) ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate	43.050.291,94
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	822.937.842,83
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	11.680.671,52
- mehr als fünf Jahre	544.692,35

Der Unterposten b) bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate	32.457.010,60
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	23.037.164,71
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	70.081.241,22
- mehr als fünf Jahre	106.022.287,03

Passiva 3 - Verbriefte Verbindlichkeiten

	€
Im Unterposten a) sind bis zum 31.12.2016 fällige Beträge enthalten:	31.725,00

Passiva 4 - Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich ausschließlich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Passiva 6 - Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Posten ist der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von 2.358.255,97 Euro (im Vorjahr: 2.883.106,42 Euro) enthalten.

Passiva 9 - Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Bedingungen für diese von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen dem Grunde nach den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen an Ergänzungskapital. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben eine Durchschnittsverzinsung von 2,76 % und ursprüngliche Laufzeiten von 6 Jahren. Innerhalb des nächsten Geschäftsjahres werden 307.270,00 Euro zur Rückzahlung fällig.

Für die in dieser Position ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr Aufwendungen in Höhe von 35.605,81 Euro angefallen.

Erläuterungen zu den Posten unter dem Bilanzstrich

Eventualverbindlichkeiten

Bei unseren Kreditgewährungen werden in diesem Posten für Kreditnehmer übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen unserer Kreditrisikomanagementprozesse gehen wir für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen werden. Sofern dies im Einzelfall nicht mit überwiegender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann, haben wir ausreichende Rückstellungen gebildet. Sie sind vom Gesamtbetrag der Eventualverbindlichkeiten abgesetzt worden.

Andere Verpflichtungen

Die unter diesem Posten ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen unserer Kreditvergabeprozesse herausgelegt. Auf dieser Grundlage sind wir der Auffassung, dass unsere Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen.

Unter den Passiva und den Eventualverbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von 23.543.053,15 Euro.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Posten 1 - Zinserträge

In dem Posten sind positive Zinsen aus Geldaufnahmen in Höhe von 16 Tsd. EUR enthalten.

Posten 2 - Zinsaufwendungen

In dem Posten sind negative Zinsen aus Geldmarktgeschäften in Höhe von 14 Tsd. EUR enthalten.

Periodenfremde Aufwendungen

Die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten 5,0 Mio. Euro Aufwendungen aus der vorzeitigen Schließung von vier Swappeschäften (Close-out-Zahlungen), die einem anderen Geschäftsjahr zuzurechnen sind.

Sonstige Angaben

Angaben zu Pfandbriefen

Die Sparkasse hat seit 2008 neunzehn Pfandbriefemissionen und seit 2011 vier öffentliche Pfandbriefemissionen durchgeführt. Es wurden Hypothekendarlehen mit einem Nominalwert von 200.100.000,00 Euro und öffentliche Pfandbriefe mit einem Nominalwert von 25.000.000,00 Euro platziert.

Nachfolgend sind die Posten der Bilanz gemäß den Vorschriften für die Formblätter von Pfandbriefbanken aufgliederung. Da die Sparkasse das Pfandbriefgeschäft nicht schwerpunktmäßig betreibt, wurden die Untergliederungen aus Gründen der Übersichtlichkeit in den Anhang übernommen. Aus den gleichen Gründen stellen wir nur die nach RechKredV vorgesehenen Posten der Bilanz dar, deren Inhalte das Pfandbriefgeschäft betreffen.

Untergliederung von Posten der Bilanz aufgrund des Pfandbriefgeschäftes:

Aktiva 4 - Forderungen an Kunden

	<u>Geschäftsjahr</u>		<u>Vorjahr</u>	
	€	€	TEUR	TEUR
a) Hypothekendarlehen	2.621.777.591,59		2.592.684	
b) Kommunalkredite	271.043.569,60		333.779	
c) andere Forderungen	1.967.982.867,35	4.860.804.028,54	1.973.561	4.900.024
darunter:				
gegen Beleihung von Wertpapieren		15.875.558,93		13.113

Aktiva 14 - Rechnungsabgrenzungsposten

	<u>Geschäftsjahr</u>		<u>Vorjahr</u>	
	€	€	TEUR	TEUR
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	656.478,40		1.095	
b) Andere	662.686,77	1.319.165,17	674	1.769

Passiva 1 - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	<u>Geschäftsjahr</u>		<u>Vorjahr</u>	
	€	€	TEUR	TEUR
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	121.522.702,30		116.523	
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	10.024.155,73		10.024	
c) andere Verbindlichkeiten	645.075.289,21	776.622.147,24	1.111.254	1.237.801
darunter:				
täglich fällig		5.658.033,88		21.262

Passiva 2 - Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	€	€	TEUR	TEUR
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	87.142.363,15		87.145	
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	10.311.065,57		10.312	
c) andere Verbindlichkeiten	4.589.868.913,98	4.687.322.342,70	4.418.749	4.516.206
darunter:				
täglich fällig		2.545.312.223,47		2.275.652

Passiva 6 - Rechnungsabgrenzungsposten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	€	€	TEUR	TEUR
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	3.184.955,59		3.882	
b) Andere	13.669,31	3.198.624,90	115	3.997

Deckungsrechnung für Pfandbriefe

Die im Hypothekendeckungsregister aufgeführten Realdarlehen (565.604 Tsd. Euro) werden in der Bilanz unter Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die Wertpapiere zur Deckung der Hypothekenspfandbriefe (15.000 Tsd. Euro) finden sich in der Bilanz unter Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

I) Angaben gemäß § 28 Abs.1 Nr. 1 Pfandbriefgesetz zum Gesamtbetrag (Angaben in Mio. Euro)								
	Nennwert		Barwert		Risikobarwert *) (Verschieb. nach oben)		Risikobarwert *) (Verschieb. nach unten)	
	IV 2015	IV 2014	IV 2015	IV 2014	IV 2015	IV 2014	IV 2015	IV 2014
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	200,10	200,10	232,42	236,81	203,40	203,00	239,19	245,28
Gesamtbetrag der Deckungsmasse	580,60	478,60	669,11	568,78	583,53	495,36	695,77	589,41
davon gattungsklassische	565,60	463,60	654,02	553,68	568,93	480,40	680,67	574,30
davon sonstige Deckungswerte	15,00	15,00	15,09	15,10	14,59	14,96	15,10	15,11
Überdeckung in %	190,16%	139,18%	187,89%	140,19%	186,88%	144,02%	190,89%	140,30%
Sichernde Überdeckung gem. § 4 Abs. 1 PfandBG in %			6,49%	6,38%				

II) Angaben gemäß § 28 Abs.1 Nr. 2 Pfandbriefgesetz zu Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse (Angaben in Mio. Euro)						
	Laufzeitstruktur IV 2015		Laufzeitstruktur IV 2014		Überhang	
	Deckungs- masse	Pfandbrief- umlauf	Deckungs- masse	Pfandbrief- umlauf	IV 2015	IV 2014
bis zu 6 Monate	26,18	5,00	32,29	0,00	21,18	32,29
mehr als 6 Monate bis zu zwölf Monaten	13,04	0,00	16,41	0,00	13,04	16,41
mehr als zwölf Monate bis zu 18 Monaten	20,93	10,00	11,89	5,00	10,93	6,89
mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	13,22	0,00	11,26	0,00	13,22	11,26
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	39,01	5,00	33,14	10,00	34,01	23,14
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	43,21	0,00	34,34	5,00	43,21	29,34
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	59,85	20,00	34,41	0,00	39,85	34,41
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	303,60	155,10	240,12	165,10	148,50	75,02
über 10 Jahre	61,58	5,00	64,74	15,00	56,58	49,74

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.

*) statisches Verfahren gem. PfandBarwertV

III) Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 4 ff. Pfandbriefgesetz (Zusammensetzung der Deckungsmasse)									
(Angaben in Mo. Euro)									
Weitere Deckung nach	IV 2015				IV 2014				gesetzl. Grenze
	Nominalwert brutto	davon nicht anrechenbar	Nominalwert netto	Anteil am Umlauf	Nominalwert brutto	davon nicht anrechenbar	Nominalwert netto	Anteil am Umlauf	
§19 PfandBG Abs. 1 Nr. 1	0,00			0,00	0,00			0,00	
§19 PfandBG Abs. 1 Nr. 2	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10,00%
§19 PfandBG Abs. 1 Nr. 3	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	20,00%
Weitere Deckung nach Art der gesetzl. Begrenzung		§19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG 10%-Grenze		davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Artikels 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2012		§19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG 20%-Grenze		Summe	
		IV 2015	IV 2014	IV 2015	IV 2014	IV 2015	IV 2014	IV 2015	IV 2014
Bundesrepublik Deutschland		0,00	15,00	0,00	0,00	15,00	0,00	15,00	15,00
Summe		0,00	15,00	0,00	0,00	15,00	0,00	15,00	15,00
Nettobarwert je Fremdwahrung		Barwert der Deckungsmassen		Barwert des Pfandbriefumlaufs		Nettobarwert in Fremdwahrung			
		IV 2015	IV 2014	IV 2015	IV 2014	IV 2015	IV 2014		
keine		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		
		IV 2015	IV 2014						
Prozentualer Anteil festverzinslicher Deckungswerte		96,36%	98,35%						
Prozentualer Anteil festverzinslicher Pfandbriefe		100,00%	100,00%						
Durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf		54,28%	49,42%						
Überschreibungsbetrag hypothekarischer Deckung in Staaten bei denen Pfandbriefgläubigervorrecht nicht sichergestellt ist (§13 Abs. 1 PfandBG)		0,00	0,00						
volumengewichteter Durchschnitt der seit Kreditvergabe verstrichener Laufzeit		4,66	4,51						

IV) Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 Pfandbriefgesetz zur Zusammensetzung der Deckungsmasse							
(Angaben in Mo. Euro)							
Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen	IV 2015	IV 2014	Anteil am Gesamtbetrag der Deckungsmasse	Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen (sonstige Deckung)	IV 2015	IV 2014	Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs
nach Größenklassen				sonstige Deckungswerte	15,00	15,00	7,50%
bis einschließlich 300 T€	410,98	337,51	70,78%	w weitere Deckung gem. § 19 I Nr. 2-3 PfandBG brutto	0,00	0,00	0,00%
mehr als 300 T€ bis einschließlich 1 Mio.€	81,22	59,30	13,99%	davon nach § 19 I Nr.2 PfandBG	0,00	0,00	0,00%
mehr als 1 Mio. € bis einschließlich 10 Mio.€	73,41	66,79	12,64%	davon höchste Geldforderung geg. Kl	0,00	0,00	0,00%
mehr als 10 Mio.€	0,00	0,00	0,00%	Gesamtauslastung nach § 19 I Nr. 3 PfandBG	0,00	0,00	0,00%
nach Nutzungsart (I) in Deutschland				Deckung nach § 4 Abs. 1 PfandBG (für sichernde Überdeckung verwendet)	15,00	15,00	7,50%
wohnwirtschaftlich	484,17	387,18	83,39%	Deckung ausschließlich für Liquiditätssicherung nach § 4 Abs. 1a PfandBG	0,00	0,00	0,00%
gewerblich	81,44	76,42	14,03%				
				Summe gattungsklassische und weitere Deckung	580,60	478,60	290,16%
nach Nutzungsart (II) in Deutschland							
Wohnungen	85,63	70,32	14,75%				
Einfamilienhäuser	283,40	237,13	48,81%				
Mehrfamilienhäuser	118,11	80,53	20,34%				
Bürogebäude	10,83	6,23	1,86%				
Handelsgebäude	3,31	3,59	0,57%				
Industriegebäude	26,33	32,29	4,53%				
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	38,01	33,52	6,55%				
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,00	0,00	0,00%				
Bauplätze	0,00	0,00	0,00%				

Außerhalb Deutschlands befinden sich keine Grundstückssicherheiten.

V) Übersicht über rückständige Forderungen gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 Pfandbriefgesetz				
(Angaben in Mo. Euro)				
	Mindestens 90 Tage rückständige Leistungen		Forderungen mit mindestens 5% Rückstandsbetrag	
	IV 2015	IV 2014	IV 2015	IV 2014
Bundesrepublik Deutschland				
keine	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	0,00	0,00	0,00	0,00

VI) Angaben gem. §28 Abs. 2 Nr. 4 Pfandbriefgesetz				
(Angaben in Mo. Euro)				
	wohnwirtschaftlich		gewerblich	
	IV 2015	IV 2014	IV 2015	IV 2014
Anzahl der am Abschlussstag anhängigen Zwangsversteigerungsverfahren	0,00	0,00	0,00	0,00
Anzahl der am Abschlussstag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren	0,00	0,00	0,00	0,00
Anzahl der am Abschlussstag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren mit gleichzeitigem Zwangsversteigerungsverfahren	0,00	0,00	0,00	0,00
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	0,00	0,00	0,00	0,00

Die im Deckungsregister der Öffentlichen Pfandbriefe enthaltenen Darlehen (97.910 Tsd. Euro) werden in der Bilanz unter Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die zur Deckung der Öffentlichen Pfandbriefe bestimmten Wertpapiere (5.000 Tsd. Euro) finden sich in der Bilanz unter Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

I) Angaben gemäß § 28 Abs.1 Nr. 1 Pfandbriefgesetz zum Gesamtbetrag								
(Angaben in Mo. Euro)								
	Nennwert		Barwert		Risikobarwert *) (Verschieb. nach oben)		Risikobarwert *) (Verschieb. nach unten)	
	IV 2015	IV 2014	IV 2015	IV 2014	IV 2015	IV 2014	IV 2015	IV 2014
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	25,00	20,00	28,68	24,19	25,12	20,69	29,91	25,41
Gesamtbetrag der Deckungsmasse	102,91	111,51	109,93	119,72	103,75	112,75	110,86	121,07
davon gattungsklassische	97,91	106,51	104,89	114,63	99,24	107,74	105,76	115,97
davon weitere Deckungswerte	5,00	5,00	5,04	5,09	4,51	5,01	5,10	5,09
Überdeckung in %	311,64%	457,54%	283,32%	394,92%	313,01%	444,85%	270,65%	376,47%
Sichernde Überdeckung gem. § 4 Abs. 1 PfandBG in %			17,58%					

II) Angaben gemäß § 28 Abs.1 Nr. 2 Pfandbriefgesetz zu Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse						
(in Mo. Euro)						
	Laufzeitstruktur IV 2015		Laufzeitstruktur IV 2014		Überhang	
	Deckungs- masse	Pfandbrief- umlauf	Deckungs- masse	Pfandbrief- umlauf	IV 2015	IV 2014
bis zu sechs Monate	50,63	0,00	56,21	0,00	50,63	56,21
mehr als sechs Monate bis zu zwölf Monate	3,74	0,00	7,85	0,00	3,74	7,85
mehr als zwölf Monate bis zu 18 Monaten	0,20	5,00	0,20	0,00	-4,80	0,20
mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	3,17	5,00	3,80	0,00	-1,83	3,80
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	8,07	0,00	3,37	10,00	8,07	-6,63
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	3,32	0,00	8,06	0,00	3,32	8,06
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	8,25	5,00	3,31	0,00	3,25	3,31
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	24,26	0,00	27,41	0,00	24,26	27,41
über 10 Jahre	1,27	10,00	1,29	10,00	-8,73	-8,71

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.

*) nach statischem Verfahren gem. PfandBarwertV

III) Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 4 ff. Pfandbriefgesetz (Zusammensetzung der Deckungsmasse)									(Angaben in Mio. Euro)
Deckung nach	II 2015				II 2014				
	Nominalwert brutto	davon nicht anrechenbar	Nominalwert netto	Anteil am Umlauf	Nominalwert brutto	davon nicht anrechenbar	Nominalwert netto	Anteil am Umlauf	
§20 PfandBG Abs. 2 Nr. 1	0,00			0,00	0,00			0,00	
§20 PfandBG Abs. 2 Nr. 2	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Weitere Deckung nach Art der gesetzl. Begrenzung	§20 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG 10%-Grenze		davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Artikels 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2012						
		II 2015	II 2014	II 2015	II 2014				
	keine	0,00	0,00	0,00	0,00				
	Summe	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00			
Nettobarwert je Fremdwährung	Barwert der Deckungsmassen		Barwert des Pfandbriefumlaufs		Nettobarwert in Fremdwährung				
	II 2015	II 2014	II 2015	II 2014	II 2015	II 2014			
keine	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00			
	II 2015	II 2014							
	Prozentualer Anteil festverzinslicher	63,91%	63,21%						
Prozentualer Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	100,00%	100,00%							

IV) Angaben gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 1 Pfandbriefgesetz zur Zusammensetzung der Deckungsmasse					(Angaben in Mio. Euro)					
Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen	IV 2015	IV 2014	Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs							
	102,91	111,51	IV 2015	IV 2014						
Zur Deckung verwendete Forderungen nach Größenklassen	IV 2015	IV 2014	weitere Deckungen							
	bis zu 10 Millionen	23,99	nach § 20 Abs. 2 PfandBG brutto	0,00	0,00					
	mehr als 10 Millionen bis zu 100 Millionen	78,92	höchste Geldforderung gegen ein Kreditinstitut	0,00	0,00					
mehr als 100 Millionen	0,00	-								
Zur Deckung verwendete Forderungen nach Ländern und Schuldnerklassen	Staat		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften	Sonstige Schuldner	Summe			
	IV 2015	IV 2014	IV 2015	IV 2014	IV 2015	IV 2014	IV 2015	IV 2014		
Bundesrepublik Deutschland	0,00	0,00	5,00	5,00	90,75	99,17	7,16	7,34	102,91	111,51
In der Deckungsmasse befinden sich keine gewährleisteten Forderungen.										

IV) Übersicht über rückständige Forderungen gemäß §28 Abs. 3 Nr. 3 Pfandbriefgesetz					(Angaben in Mio. Euro)
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Forderungen	IV 2015	IV 2014			
	0,00	0,00			
Gesamtbetrag der Forderungen mit mindestens 5% Rückstandsbeitrag	0,00	0,00			
Rückständige Forderungen nach Ländern und Schuldnerklassen	Staat	Regionale Gebietskörperschaften	Örtliche Gebietskörperschaften	Sonstige Schuldner	Summe
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Forderungen mit mindestens 5% Rückstandsbeitrag nach Ländern und Schuldnerklassen	Staat	Regionale Gebietskörperschaften	Örtliche Gebietskörperschaften	Sonstige Schuldner	Summe
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Derivative Finanzinstrumente

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte ergeben sich aus der nachstehenden Tabelle der derivativen Finanzinstrumente. Die noch nicht abgewickelten Termingeschäfte verteilen sich auf Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Devisenoptionsgeschäfte. Bei den Termingeschäften in fremder Währung handelt es sich ausschließlich um Kundengeschäfte, denen betrags- und fristenkongruente Deckungsgeschäfte gegenüberstehen. Die Zinsswaps dienen der Absicherung (Micro-Hedge) von Zinsänderungsrisiken

bzw. der an einer Benchmark ausgerichteten Steuerung des Zinsbuches. Die ausgewiesenen Zeitwerte enthalten keine Abgrenzungen und Kosten (clean-price).

Bei den aufgeführten derivativen Finanzinstrumenten entspricht der beizulegende Zeitwert bei einem aktiven Markt dem Marktpreis. Soweit kein aktiver Markt besteht, wurde der beizulegende Zeitwert anhand von Bewertungsmethoden ermittelt. Die im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogen und somit nicht einzeln bewertet. Für Zinsswaps wurden die Zeitwerte als Barwerte zukünftiger Zinszahlungsströme ermittelt. Dabei fanden die Swap-Zinskurven per 31.12.2015 Verwendung. Zeitwerte von Optionen wurden anhand des allgemein anerkannten Black-Scholes-Modells ermittelt. Grundlage der Bewertung waren der Marktwert des underlying im Verhältnis zum Basispreis, die Restlaufzeit und die impliziten Volatilitäten, die den Veröffentlichungen der Agentur Reuters entnommen wurden. Zur Ermittlung der Zeitwerte von Devisentermingeschäften wurde der Terminkurs am Bilanzstichtag für die entsprechenden Restlaufzeiten herangezogen. Diese wurden den Veröffentlichungen der Agentur Reuters entnommen. Bei den Kontrahenten der derivativen Finanzinstrumente handelt es sich ausschließlich um deutsche Kreditinstitute. Zusätzlich wurden Devisentermingeschäfte und Devisenoptionsgeschäfte mit Kunden abgeschlossen.

	Nominalbeträge in Mio. €				Beizulegende Zeitwerte ¹⁾ in Mio. €	Buchwerte in Mio. €	
	nach Restlaufzeiten			Insgesamt		Preis nach Bewertungs- methode	Options- prämie
	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	>5 Jahre				
Zins-/Zinsindexbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
Termingeschäfte							
Zinsswaps (Micro-Hedge)			14,3	14,3	-4,4		
Zinsswaps (Zinsbuchsteuerung)	180,0	390,0	835,0	1.405,0	-107,6		
Summe	180,0	390,0	849,3	1.419,3	-112,0		
davon:							
Deckungsgeschäfte	180,0	390,0	849,3	1.419,3	-112,0		
Währungsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
Termingeschäfte							
Devisenterminkauf	9,7			9,7	-9,7		
Devisenterminverkauf	9,7			9,7	9,7		
Optionen							
Longpositionen	0,7			0,7	0,0	-0,014 (A13)	
Shortpositionen	0,7			0,7	0,0	0,014 (P5)	
Summe	20,8			20,8	0,0		
davon:							
Deckungsgeschäfte	10,4			10,4	-9,7		

1) Positive und negative Zeitwerte gleichartiger Produkte wurden saldiert. Aus Sicht der Sparkasse negative Zeitwerte werden mit Minus angegeben.

Bei den Deckungsgeschäften handelt es sich um die in Bewertungseinheiten oder in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogenen schwebenden Geschäfte sowie um gegenläufige Währungstermingeschäfte.

Bewertungseinheiten

Im Risikomanagement eingegangene Sicherungsbeziehungen, die die Voraussetzungen des § 254 HGB erfüllen, werden auch für bilanzielle Zwecke als Sicherungsbeziehung (Bewertungseinheit) behandelt.

Die bilanzielle Behandlung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB erfolgt nach den gesetzlichen Vorschriften und den Interpretationen des Rechnungslegungsstandards IDW RS HFA 35. Auf dieser Basis ermitteln wir für jede Bewertungseinheit zum Bilanzstichtag die Wertänderung von Grund- und Sicherungsgeschäft. Wir differenzieren dabei nach Wertänderungen, die auf gesicherte Risiken und solche, die auf ungesicherte Risiken entfallen. Die auf gesicherte Risiken entfallenden Wertänderungen werden auf der Grundlage der sog. „Einfrierungsmethode“ außerhalb der bilanziellen Wertansätze miteinander verrechnet. Sofern sich die Wertänderungen nicht vollständig ausgleichen, bilden wir für einen Aufwandsüberhang eine Rückstellung, ein positiver Überhang bleibt unberücksichtigt. Sofern im Wesentlichen alle wertbestimmenden Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft identisch sind, unterstellen wir einen vollständigen Wertausgleich hinsichtlich der gesicherten Risiken (Critical Term Match Methode). Die auf ungesicherte Risiken entfallenden Wertänderungen werden unsaldiert nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen der zugrunde liegenden Geschäfte behandelt.

Grundlage jeder Bewertungseinheit ist eine Dokumentation u. a. unserer Sicherungsabsicht und Sicherungsziele sowie die Darlegung, dass die Sicherungsgeschäfte objektiv geeignet sind, den angestrebten Sicherungserfolg zu gewährleisten.

Bei der Bildung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB wurde folgender Posten einbezogen:

Posten	Betrag in €	Art der Bewertungseinheit	Gesichertes Risiko
Forderung gegenüber Kunden	14.272.996,92	Micro-Hedge	Wertänderungsrisiko

Mit den Bewertungseinheiten wurden Risiken mit einem Gesamtbetrag von 14.272.996,92 Euro abgesichert.

In der nachfolgenden Aufstellung ist dargestellt, warum und in welchem Umfang sich die gegenläufigen Wertänderungen künftig ausgleichen. Der Zeitraum, in dem sich die gegenläufigen Wertänderungen oder Zahlungsströme künftig voraussichtlich ausgleichen, beginnt mit der Bildung der Bewertungseinheit und endet mit der Fälligkeit des Grundgeschäftes bzw. des Sicherungsgeschäftes.

Risiko		Grundgeschäft		Sicherungsinstrument		Art der Bewertungseinheit	Prospektive Effektivität
Art	Art	Betrag in Mio. €	Art	Betrag in Mio. €			
Wertänderungsrisiko							
Zins	Zinsänderungsrisiko	Festverzinsliches Darlehen	14,3	Swap	14,3	Micro Hedge	Critical Term Match

Aus der Bilanz nicht ersichtliche finanzielle Verpflichtungen

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutschen Landesbank AG (u. a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf – RSGV – mit rund 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der West LB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt („Erste Abwicklungsanstalt“) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seines Anteils (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. Euro und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro zu übernehmen. Im Zuge der Übertragung weiterer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die Erste Abwicklungsanstalt im Jahr 2012 wurde die Haftung dergestalt modifiziert, dass der RSGV sich verpflichtet, bei Bedarf maximal 37,5 Mio. Euro als Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen. Die Ausgleichsverpflichtung für tatsächlich liquiditätswirksame Verluste verringert sich entsprechend um diesen Betrag, so dass der Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro unverändert bleibt. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Gesamtverpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtungen im Jahresabschluss 2015 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihres Anteils am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Die Höhe der Vorsorge orientiert sich an unserer Beteiligungsquote am RSGV zum Zeitpunkt der Übernahme der indirekten Verpflichtung im Jahr 2009 (4,2171%). Zum 31.12.2015 beträgt die Beteiligungsquote 4,1938%. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans unter Einbeziehung aller Beteiligten spätestens nach Ablauf von zehn Jahren zu überprüfen. Seit dem Geschäftsjahr 2009 wurde eine Vorsorge von 22,16 Mio. Euro durch die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen auf das Geschäftsjahr 2015 3,21 Mio. Euro. Davon unberührt

bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses zu prüfen, ob sich aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

Die Sparkasse Neuss ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrages vom 01.03.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2015 betrug der Umlagesatz 4,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2016 unverändert. Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolge dessen erhebt die RZVK zusätzlich zur Umlage ein so genanntes – pauschales – Sanierungsgeld in Höhe von 3,5 % der Bemessungsgrundlage zur Deckung eines zusätzlichen Finanzbedarfs hinsichtlich der Finanzierung der Versorgungsansprüche, die im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstanden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte, die jeweils mindestens einen Zeitraum von 10 Jahren (plus 1 Überhangjahr) umfassen, regelmäßig (alle 5 Jahre) überprüft. Die RZVK geht davon aus, dass mit dem im Jahr 2010 auf den jetzigen Wert von 7,75 % angehobenen Gesamtaufwand ein nachhaltiger und verstetigter Umlage- und Sanierungsgeldsatz erreicht worden ist. Zusatzbeiträge zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden z. Z. nicht erhoben. Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht 2014 der RZVK wurden die Rentenleistungen in diesem Jahr zu etwa 25 % durch die erzielten Vermögenserträge finanziert. Die Betriebsrenten werden jeweils zum 01. Juli eines Jahres um 1 % ihres Betrages erhöht.

Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betragen bei umlage- und sanierungsgeldpflichtigen Entgelten von 54,9 Mio. Euro im Jahr 2015 4,3 Mio. Euro.

Nach der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Rechnungslegungsstandard HFA 30 vertretenen Rechtsauffassung begründet die Mitgliedschaft in der RZVK im Hinblick auf Fragen des Jahresabschlusses eine mittelbare Pensionsverpflichtung. Die RZVK hat im Auftrag der Sparkassen auf Basis der Rechtsauffassung des IDW den Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen nach Maßgabe des IDW RS HFA 30 zum 31.12.2015 für Zwecke der Angaben im Anhang nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB mit einem Betrag von 112,8 Mio. Euro ermittelt. Im Hinblick darauf, dass es sich bei dem Kassenvermögen um Kollektivvermögen aller Mitglieder des umlagefinanzierten Abrechnungsverbands I handelt, bleibt es für Zwecke dieser Ermittlung unberücksichtigt. Der Vermögensdeckungsgrad betrug nach Angaben im Geschäftsbericht 2014 der RZVK etwa 31 % (bei Ermittlung der Deckungsrückstellung nach den sich aus der Anlage 4 zum ATV-K ergebenden Vorgaben). Der Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen wurde in Anlehnung an die versicherungsmathematischen Grundsätze und Methoden, die auch für

unmittelbare Pensionsverpflichtungen angewendet wurden, unter Berücksichtigung einer jährlichen Rentensteigerung von 1 % ermittelt. Als Diskontierungszinssatz wurde der gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB i. V. m. der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte Wert zum 31.12.2015 verwendet.

Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare erfasst:

a) für die Abschlussprüfungsleistungen	289.852,44 Euro
b) für andere Bestätigungsleistungen	112.169,10 Euro
<u>Gesamthonorar</u>	<u>402.021,54 Euro</u>

Verwaltungsrat

Vorsitzendes Mitglied	Stellvertreter des vorsitzenden Mitgliedes
Herbert Napp (bis 12.11.2015) Bürgermeister der Stadt Neuss	1. Dr. Gert Ammermann Oberkreisdirektor a.D.
Reiner Breuer (ab 13.11.2015) Bürgermeister der Stadt Neuss	2. Cornel Hüsch Rechtsanwalt

Mitglieder	Stellvertreter
Dr. Gert Ammermann Oberkreisdirektor a.D.	Bertram Graf von Nesselrode Land- und Forstwirt
Cornel Hüsch Rechtsanwalt	Stefanie Wellens Lektorin (freiberuflich)
Günter Außem Sparkassenangestellter	Holger Wilms Sparkassenangestellter
Karl Heinz Baum Beamter i.R.	Monika Mertens-Marl Rechtsanwältin
Erhard Demmer Gesamtschuldirektor	Matthias Molzberger Kfm. Referent
Bijan Djir-Sarai Diplomkaufmann	Franz-Josef Radmacher Studiendirektor (im Ruhestand)
Michael Fielenbach Stv. Amtsleiter Kataster- und Vermessungsamt	Cornel Janßen Investmentmanager
Christian Gaumitz Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Landtag NRW	Lars Christoph Rechtsanwalt
Burkhard Hinzen Steuerberater	Ingeborg Arndt Rentnerin
Reiner Iven Sparkassenangestellter	Sandra Langen Sparkassenangestellte
Arno Jansen Verbandsjurist	Gisela Hohlmann Dipl.-Sozialpädagogin
Josef Kollenbroich Sparkassenangestellter	Theo Ruiter Sparkassenangestellter
Martina Paintner Sparkassenangestellte	Wilfried Nürnberg Sparkassenangestellter
Werner Schiffer Sparkassenangestellter	Jörg Helpenstein Sparkassenangestellter
Udo Schillings Sparkassenangestellter	Stefan Düllberg Sparkassenangestellter
Rainer Thiel, MdL Geschäftsführer eines Kreisverbandes	Dieter Jüngerkes Rentner
Marc Venten (bis 12.11.2015) Rechtsanwalt	Dietmar Ibach (bis 12.11.2015) Angestellter Verkehrsbetrieb Rheinbahn AG
Andreas Heidemann (ab 13.11.2015) Jurist	Barbara Romann (ab 13.11.2015) Rechtsanwältin

An die Mitglieder des Verwaltungsrates, deren Stellvertreter sowie an die Mitglieder des Risikoausschusses und Hauptausschusses wurden im Geschäftsjahr Gesamtbezüge von 109.777,12 Euro gewährt. Die Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) betragen 2.885.023,52 Euro.

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates wurde für ihre Tätigkeit in dem Aufsichtsgremium der Sparkasse einschl. seiner Ausschüsse (Hauptausschuss und Risikoausschuss) ein Sitzungsgeld von 358,00 Euro je Sitzung gezahlt; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag. Außerdem erhalten die ordentlichen Mitglieder des Verwaltungsrates für die Tätigkeit im Verwaltungsrat bzw. Risikoausschuss jeweils einen Pauschalbetrag von 1.790,00 Euro p. a., wenn sie an mindestens der Hälfte aller Sitzungen teilgenommen haben; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag. In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2015 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder:

Name	Vorname	Bezüge in €
Dr. Ammermann	Gert	6.444,00
Arndt	Ingeborg	0,00
Außem	Günter	6.802,00
Baum	Karl Heinz	6.802,00
Breuer	Reiner	1.432,00
Christoph	Lars	358,00
Demmer	Erhard	6.444,00
Djir-Sarai	Bijan	3.580,00
Düllberg	Stefan	0,00
Fielenbach	Michael	7.668,36
Gaumitz	Christian	6.444,00
Heidemann	Andreas	426,02
Helpenstein	Jörg	0,00
Hinzen	Burkhard	3.580,00
Hohlmann	Gisela	0,00
Hüsch	Cornel	6.802,00
Ibach	Dietmar	358,00
Iven	Reiner	3.222,00
Jansen	Arno	8.094,38

Name	Vorname	Bezüge in €
Janßen	Cornel	0,00
Jüngerkes	Dieter	716,00
Kollenbroich	Josef	2.864,00
Langen	Sandra	0,00
Mertens-Marl	Monika	0,00
Molzberger	Matthias	0,00
Napp	Herbert	12.172,00
Graf von Nesselrode	Bertram	0,00
Nürnberg	Wilfried	0,00
Paintner	Martina	3.222,00
Radmacher	Franz-Josef	0,00
Ruiter	Theo	358,00
Schiffer	Werner	3.222,00
Schillings	Udo	6.802,00
Thiel	Rainer	4.296,00
Venten	Marc	7.668,36
Wellens	Stephanie	0,00
Wilms	Holger	0,00
Romann	Barbara	0,00
	Insgesamt:	109.777,12

Vorstand

Vorsitzender	Mitglieder	Stellvertreter
Michael Schmuck	Heinz Mölder Dr. Volker Gärtner	Dietmar Mittelstädt

Mandate in Aufsichtsgremien:

Herr Schmuck ist als Mitglied des Aufsichtsrates der GVV Kommunalversicherung VVaG tätig.

Bezüge des Vorstandes

Den Mitgliedern des Vorstandes sowie dem Stellvertreter wurden im Geschäftsjahr Gesamtbezüge von 1.654.185,70 Euro gewährt. Vorschüsse und Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) betragen 741.365,10 Euro.

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge von 1.736.671,48 Euro gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen von 22.630.830,00 Euro.

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstandes ist der vom Verwaltungsrat gebildete Hauptausschuss zuständig. Er orientiert sich dabei für zwei Vorstandsmitglieder und das stellvertretende Vorstandsmitglied an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Ausstattungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter in der Fassung von 1996. Neben den festen Bezügen (Grundgehalt und Allgemeine Zulage von 15 %) kann den Mitgliedern des Vorstandes als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15 % des Grundgehaltes gewährt werden. Die Leistungszulage wird jährlich durch den Verwaltungsrat festgelegt. Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind nicht enthalten. Für ein Vorstandsmitglied gelten die Anstellungsbedingungen in der Fassung von 1982. Danach wurde eine Allgemeine Zulage von 30 % vereinbart; eine Leistungszulage besteht nicht. Mit den Mitgliedern des Vorstandes bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Auf die festen Gehaltsansprüche wird bei allen Vorstandsmitgliedern die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Vorstand	Grundgehalt und Allgemeine Zulage <i>in T€</i>	Leistungszulage <i>in T€</i>	Sonstige Vergütung <i>in T€</i>	Gesamt- vergütung <i>in T€</i>
Michael Schmuck	431,2	36,8	13,8	481,8
Heinz Mölder	367,3	0,0	21,7	389,0
Dr. Volker Gärtner	392,0	33,4	24,5	449,9
Dietmar Mittelstädt	294,0	25,1	14,4	333,5
Summe	1.484,5	95,3	74,4	1.654,2

Die sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen. Diese wurden mit der pauschalen 1 %-Methode ermittelt.

Im Falle einer Nichtverlängerung der Dienstverträge haben Herr Schmuck, Herr Mölder, Herr Dr. Gärtner und Herr Mittelstädt Anspruch auf Zahlung eines Ruhegeldes, sofern die

Nichtverlängerung nicht von ihnen zu vertreten ist. Hinsichtlich des Ruhegeldes bestehen bei Nichtverlängerung des Vertrages folgende Regelungen:

Bei den Herren Schmuck und Dr. Gärtner

Wird der Vertrag im Zeitraum vom 01.07.2014 bis 30.06.2019 nicht verlängert, so sind als monatliches Ruhegeld 50 % der ruhegeldfähigen Bezüge zu zahlen. Ab dem 01.07.2019 werden 55 % der ruhegeldfähigen Bezüge gezahlt.

Bei Herrn Mölder

Wird der Vertrag nicht verlängert, so sind als monatliches Ruhegeld 75 % der ruhegeldfähigen Bezüge zu zahlen.

Bei Herrn Mittelstädt

Wird der Vertrag von Herrn Mittelstädt nicht verlängert, so sind als monatliches Ruhegeld 55 % der ruhegeldfähigen Bezüge zu zahlen.

Ein Anspruch auf eine Abfindungszahlung besteht bei keinem Vorstandsmitglied.

Altersversorgung der Mitglieder des Vorstandes

Vorstand	Im Jahr 2015 der Pensionsrückstellung zugeführt in T€	Barwert der Pensionsansprüche per 31.12.2015 in T€
Michael Schmuck	523	2.973
Heinz Mölder	1.459	5.138
Dr. Volker Gärtner	453	2.517
Dietmar Mittelstädt	749	2.290
Summe	3.184	12.918

Die Altersversorgung beträgt maximal 75 % der festen Bezüge. Auf dieser Basis und unter der Annahme eines Eintritts in den Ruhestand mit Vollendung des 65. bzw. des 63. Lebensjahres wurde der Barwert der Pensionsansprüche nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet.

Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Die Dienstverträge der Vorstände der Sparkasse Neuss basieren auf den Musterempfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Vorstandes. Während für Herrn Mölder noch die Verbandsempfehlungen zu den Anstellungsbedingungen in der Fassung von 1982 (alte

Empfehlungen) gelten, basieren die Dienstverträge der Herren Schmuck, Dr. Gärtner und Mittelstädt auf der Verbandsempfehlung in der Fassung von 1996. Aufgrund der unterschiedlichen Vertragsgrundlagen ergeben sich sowohl bei der Höhe der Bezüge wie auch bei den Barwerten der Pensionsrückstellungen Unterschiede.

Mitarbeiter / -innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	833
Teilzeit- und Ultimokräfte	<u>331</u>
	1.164
Auszubildende	<u>66</u>
Insgesamt	<u>1.230</u>

Die nicht aus dem Jahresabschluss ersichtlichen offenzulegenden Angaben gemäß der Verordnung (EU) 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen werden auf der Internetseite der Sparkasse (www.Sparkasse-Neuss.de) unter der Rubrik „Über uns“ veröffentlicht.

Neuss, den 22. März 2016

Sparkasse Neuss
Der Vorstand

Schmuck

Mölder

Dr. Gärtner

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2015 (“Länderspezifische Berichterstattung“)

Die Sparkasse Neuss hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparkasse Neuss besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparkasse Neuss definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2015 337.669 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt im Jahresdurchschnitt 1.230.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 17.206 TEUR.

Unter Berücksichtigung der Steuern von 11.112 TEUR ergibt sich ein Nettogewinn von 5.761 TEUR. Die Steuern betreffen sowohl laufende wie auch latente Steuern.

Die Sparkasse Neuss hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen im Rahmen eines EU-Beihilfverfahrens erhalten.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkasse Neuss für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis 31.12.2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung - und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse.

Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 10. Mai 2016

Prüfungsstelle des
Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

Vietze
Wirtschaftsprüfer

Tiemann
Wirtschaftsprüfer

Vandrey
Verbandsprüferin